

Ergebnis täglich mit Ausgabe der Sonntags- und der Tage nach den Ereignissen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 30 M. täglich frei ins Haus, in den Abschleppen und die Post abholen abgebaut 20 M. Wierschenschein 20 M. frei ins Haus, 60 M. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 600 M. pro Quartal als Briefportoabfertigung 1 M. 40 M. Gremiobinden der Redaktion 11-12 Uhr Vormittag vertragbar. VIII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Zur weiteren Entwicklung Danzigs.

Die besonderen Grundlagen des Danziger Großhandels haben es mit sich gebracht, daß viele Kaufleute hindurch die hohe gelegene Provinz und die Beziehungen derselben besondere Bedeutung für den Danziger Kaufmann nicht hatten. Seine Interessen lagen im wesentlichen, soweit es sich um den Hinterland-Verkehr handelte, jenseits der Grenze, soweit es sich um den Export handelte, im überseischen Auslande. Vor der Eisenbahnerperiode war die Weichsel der gegebene Zufluss, die See der gegebene Ausfuhrweg. Als der Eisenbahnbau einsetzte, war es die nächstliegende natürliche Hauptaufgabe für Danzig, sich Eisenbahnverbindungen in Ergänzung der Zufuhrstraße bzw. in Anlehnung an dieselbe zu schaffen, um zu verhindern, daß durch entstehende oder entstandene Bahnen von der Weichsel nach dem Binnenlande die Importwege sich zu Ungunsten der Stadt verschoben. Dieser Erwägung hat vor allem die Marienburg-Mlawka-Eisenbahn ihre Entstehung zu verdanken. Für die Ausfuhr blieb angestellt des Umstandes, daß die Handelsartikel Danzigs vorzugsweise Massengüter waren, der Seeweg unbefrachtet der beste und billigste.

Nur aus diesen Gesichtspunkten heraus ist es zu erklären, daß eine Stadt vor der Bedeutung Danzigs bei dem Ausbau des Eisenbahnnetzes zwischen Mitteldeutschland und der russischen Grenze abseits von der neuen großen Heerstraße liegen blieb, denn es ist anzunehmen, daß ein energisches Eingreifen die Stadt in den Stand gesetzt hätte, den Bau der Ostbahn mit der Linienführung über Danzig zu erreichen, da zur Zeit des Baues dieser Strecke, abgesehen von Königsberg, die Stadt Danzig der einzige Platz von Bedeutung auf dem Wege von Berlin nach Chodkauhnen war.

Die Gelegenheit wurde aus den vorgelegten Gründen verpaßt und Danzig in einen Winkel gerückt, für den Dirschau eine Art Eisenbahnstation wurde.

Das allmähliche Sinken der Bedeutung des Transithandels, insbesondere aber die seit einigen Jahren kräftig aufstrebende industrielle Entwicklung der Stadt lenken die Blicke der handels- und gewerbetreibenden Kreise derselben mehr und mehr auf das näher gelegene Hinterland und die Vermehrung der Exportmöglichkeit in dieses Gebiet. Insbesondere die industrielle Entwicklung verlangt gebietsweise eine Erweiterung dieses Abfahrtgebietes und aus dieser Notwendigkeit ergeben sich vielfache Wünsche nach Verbesserung des für Danzig sehr im Argen liegenden Bahnverkehrs.

Aus dieser Erwiderung heraus ist auch der Wunsch entstanden, den Fehler früherer Zeiten dadurch wieder gut zu machen, daß man die Stadt an die Hauptverkehrsleitung heranrückt. Die Möglichkeit der Erfüllung dieses Wunsches ist gegeben; es handelt sich darum, den Verkehr Berlin-Endkühnen-Petersburg und vice versa statt wie bisher über Landsberg - Schneidemühl - Könitz-Dirschau, über Eberswalde - Stettin - Görlitz-Boppot-Danzig zu lenken. In dem Augenblick, wo die Büge auf dieser Linie verkehren, ist Danzig an die große Durchgangslinie Berlin-Petersburg gerückt und dem großen Weltverkehr erschlossen.

Die Vorherrschaft aus einer derartigen Veränderung zu Gunsten Danzigs bedürfen keiner Erläuterung. Mehr als jemals gilt heutzutage der Satz „Zeit ist Geld“ und wenn es stat. auch nur um die vereinigte Stunde Danzig-Dirschau handelt.

Zum Theil ist nun dieser Wunsch heute schon in Erfüllung gegangen, insofern, als die Auswanderer, welche Wagen 4. Klasse benutzen, von Endkühnen nicht mehr über Dirschau-Könitz, sondern über Danzig-Boppot-Stettin nach Berlin befördert werden.

Die Leitung der Schnellzüge über diese Strecke verbietet sich bisher dadurch, daß der Abschnitt Danzig-Könitz eingleisig ausgebaut ist. Es müßte demnach zunächst erstrebti werden, die Staatsregierung zu veranlassen, auf dieser Strecke das zweite Gleise zu legen.

Die Vortheile für die Eisenbahn-Verwaltung, welche aus dem Betreiben dieser Strecke mit Courierzügen sich ergeben, liegen auf der Hand; während auf der Theilstrecke Berlin - Könitz-Dirschau den Courierzügen Postfogiere nur zugesetzt werden können aus den Städten Auerstädt, Landsberg - Schneidemühl und Könitz mit zusammen etwa 70 000 Einwohnern, würden durch die Verlegung der Züge die Reisenden zunächst gefördert werden von den Städten Eberswalde - Stettin - Pomm. Stargard - Belgard - Küslin - Gollub - Lauenburg - Danzig mit zusammen etwa 400 000 Einwohnern. Die Reisenden, welche die große Strecke zur Zeit vom Süden her in Kreuz erreichen, würden dann auf dieselbe in Stettin kommen. Die Strecke Bromberg-Schneidemühl würde durch die Strecke Bromberg-Dirschau erweitert werden, über welche zur Zeit ohnedies schon der Schnellzugsverkehr nach Breslau Projectiert ist.

Die Staatsseisenbahn-Verwaltung wird zwar einwenden, daß der Weg Dirschau-Königswberg-Berlin 66 Altom. kürzer sei als der Weg Dirschau-Danzig-Stettin-Berlin und daß die hier genannte Forderung die Verlegung eines zweiten Gleises für eine Strecke von 288 Kilometern verlangt. Dieser Erwiderung steht aber zunächst der vorhin erwähnte materielle Vortheil der Eröffnung weiter bewohnter Städte entgegen, sodann aber darf die Staatsregierung nicht vergessen, daß gerade die Ostseehäfen große Anspruch auf besondere Berücksichtigung

haben. Keinem Orte hat die Wirtschafts- und Verkehrs politik des Staates in den letzten beiden Jahrzehnten solche Wunden geschlagen wie den Ostseehäfen, insbesondere der Stadt Danzig. Es erübrigts sich, an dieser Stelle auf dieses oft genug behandelte Thema näher einzugehen, aber unerwähnt bleiben soll hier doch nicht, daß die drei parlamentarischen Vertreter Danzigs und zwar unter Zustimmung der Bürgerschaft für den Bau des Mittelandkanals eingetreten sind, obgleich eingeschlagene Erwägungen davon führten mussten, den Bau dieser Wasserstraße als den Handelsinteressen Danzigs nicht ungefährlich zu bezeichnen, da sich ein Theil des dörflichen Interessegebietes Danzigs durch den Kanal für den Massenverkehr nach Westen erschließt.

Danzig hat bisher für dieses selbstverständige Eintreten für eine zwecklosen der Gemeinschaft des Vaterlandes nährende Anlage Compensationen nicht gesordert, obwohl berühmtes Blatt dazu hielten reihen können.

Ein billiger Erfolg für etwa entgegengesetzte Gemüter wäre die Gewährung unserer Forderung, welche gleichmäßig unserer Industrie, unserem Handel und unserem Verkehr nützlich sein würde.

Politische Uebersicht.

Danzig, 11. November.

Zum Samoa-Abkommen.

Der Hamburger Handelskammer ist folgendes Antwort-Telegramm des Kaisers aus Schloß Ecklingen ausgegangen:

Das Glückwunsch-Telegramm der Handelskammer zur Erwerbung der Samoainseln hat mich mit großer Freude erfüllt. Von so berufener Stelle Verständnis und Dank für Meine Thätigkeit zur Befestigung und Mehrung unseres Colonialbesitzes zu finden, gereicht mir zur hohen Befriedigung und gewährt mir die Zuversicht, daß auch in den weitesten Kreisen des Vaterlandes das glücklich errungene Ziel in seiner Bedeutung für die Wohlfahrt des Reiches richtig erkannt werden wird. Der Handelskammer aber spreche ich herzlichen Dank für die freundliche Rundgebung aus.

Wilhelm.

Rom, 10. Nov. Der „Popolo Romano“ bezeichnet mit Rücksicht auf das Samoa-Abkommen die Erfolge der deutschen auswärtigen Politik als solche, welche dem Frieden dienen, und führt dann fort: Die Politik des Kaisers Wilhelm habe unter der meisterhaften Mitwirkung v. Bülow erreicht, daß Deutschland, ohne seinen Platz an der Spitze des Dreibunds aufzugeben, in den besten Beziehungen zu Rußland geblieben sei und gleichzeitig den Draht nach England wieder angeknüpft habe.

New York, 10. Nov. Die hiesige Presse nimmt das Samoa-Abkommen im ganzen günstig auf und macht gegen den Bevölkerung der Vereinigten Staaten keine ernsthaften Bedenken geltend. Die „Tribune“ begrüßt das Abkommen, weil es eine Annäherung der drei Mächte England, Amerika und Deutschland bedeute. Die deutsche „New Yorker Staatszeitung“ hebt das glänzende diplomatische Geschick und die Fähigkeit des Staatssekretärs v. Bülow hervor, wodurch es gelungen sei, ohne Preissionsmittel diesen großen Erfolg zu erlangen.

Russische Stimmen zur Kaiserrevue.

Petersburg, 10. Nov. Die „Nowoje Wremja“ hebt hervor, die Potsdamer Kaiserkunst werde in Russland keinerlei Meinungsverschiedenheiten hervorrufen. In Russland wünsche man durchaus aufrecht die allerbesten Beziehungen Russlands zu Deutschland und wenn die „Nordb. Allg. Illg.“ behauptet, daß das Einvernehmen zwischen Russland und Deutschland die Erhaltung des Weltfriedens begünstige, so habe die „Nowoje Wremja“ gegen diese Bemerkung nichts einzutwenden. Die „Nowoje“ führen aus: Die deutsch-russischen Beziehungen hätten sich mit jedem Jahre verbessert und könnten gegenwärtig als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die Beziehungen seien, kurz charakterisiert, gute, freundschaftliche und nachbarliche. Das Blatt wirkt einen Rückblick auf die allmähliche Entwicklung dieser guten Beziehungen und mitschließlich, die Friedensliebe der Mächte werde in London gebührend gewürdigt werden und möge England zur Annahme uneigennütziger, wohlgemeinter Vorschläge hinsichtlich des Transvaalkrieges geneigt machen. „Rossija“ meint, die Potsdamer Zusammenkunft der beiden mächtigsten Monarchen der Welt erlonge in Anbetracht der augenblicklichen politischen Constellation eine größere Bedeutung, als irgend eine andere Kaiserreise. Der Mittelpunkt der diplomatischen Verhandlungen sei Berlin geworden, wo zweifellos höchstwichtig zwischen den beiden Monarchen verhandelt worden sei.

Zur Mittelstandspolitik.

Der Bund der Landwirthe arbeitet seit einigen Jahren bekanntlich besonders stark in „Mittelstandspolitik“. Was darunter zu verstehen ist, darüber fehlen den Meisten, die darüber sprechen, klare und bestimmt umgrenzte Begriffe. In der Regel begnügt man sich, unter „Mittelstandspolitik“ zu verstehen, daß man auf die Kapitalisten, die Millionäre, die „Romischbazar“ und die „Schuhfabriken“ räsonniert, welche den Mittelstand aussaugen. Auch läßt man einigermaßen im Unklaren, wer eigentlich zum Mittelstand zu rechnen sei. Man redet nur im allgemeinen von „den Bauern“, dem „kleinen Kaufmann“, dem „Handwerker“ u. s. w. Daß diesenigen Maßregeln, welche der Bund der Landwirthe besonders verfolgt, z. B. eine bedeutende Erhöhung der Hornsätze und die Beseitigung der Goldwährung, besonders geeignet seien, den Mittelstand zu fördern,

wird weder dem kleineren Landwirth, noch dem Handwerker, noch dem kleinen Kaufmann klar zu machen sein. Das hat auch der Referent auf der Graudenz Versammlung, Hr. Abg. Ehlers, in die nötige Beachtung gebracht und wie haben schon neulich dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß von liberaler Seite eine ausführliche Auseinandersetzung über die Mittelstandspolitik des Bundes der Landwirthe auch für weitere Kreise veröffentlicht wird. So wenig wir auch geneigt sind, die Wirtschafts- und Poliopolitik des Bundes der Landwirthe als dem Handwerker, Kaufmann und kleineren Landwirthe förderlich anzuerkennen, so werden wir doch jedes Bestreben, welches dem wirklichen Interesse dieser Berufsweise dient, gerne zusummen. Schließen wir uns denn auch einer Ausführung des „Berl. Blates“, welches für den Handwerksschuh und gegen das System des Borgers eintritt, durchaus an. Das erwähnte Blatt schreibt in diesen Tagen, nachdem es wie gewöhnlich die „ungeheure wirtschaftliche Entwicklung“ angeklagt hat:

„Andererseits sind es auch gewisse Eigenheiten der Räuber und Kunden, die dem Meister das Leben schwer machen, Eigenheiten, die das Publikum nur (?) im Laden des Handwerkers entstellt. Wir meinen vor allem das Borgersystem, die unselige Pumperie, die ebenso gewissen wie gedankenlos betrieben wird. Der Handwerker, der an sich nur mit kleinem Kapital arbeitet, muß seine Verpflichtungen pünktlich nachkommen, wenn anders er nicht dem Gerichtsvölker in die Hände fallen will; ihn aber läßt man Monate, selbst Jahre lang auf Zahlung warten. Wir haben schon wiederholt das Gewissen der Leute zu schämen versucht, die Wunder wie vornehm zu sein glauben, ihre Schneider und Schuhmacher jedoch vergebens um Begleichung der Rechnung betteln lassen. Diese Art von Menschen erkennt nicht, wie bitteres Unrecht sie thut, und das ist noch die einzige Entschuldigung für sie. Wer einen Handwerker dadurch ausshungert und zu Grunde richtet, daß er ihn immer wieder vertröstet, die Zahlung immer wieder hinauschiebt, der wirkt schlimmer als der schlimmste Socialdemokrat.“

Sowohl das „Berliner Blatt“, mit dem wir in dieser Sache ganz einverstanden sind. Schon seit Jahren ist auch in der liberalen Presse auf den Nebelstand des Borgersystems hingewiesen. Dasselbe gilt sowohl für den Handwerker wie für den Kaufmann. Seit Jahren haben auch wir verlangt, daß Private und Behörden dafür sorgen, daß die geleisteten Arbeiten und Waaren prompt bezahlt werden. Schon vor mehreren Jahren ist im preußischen Abgeordnetenhaus aus Anlaß eines Falles, in welchem die Hilfe des betreffenden Ministers in Anspruch genommen war, der Schaden erörtert, der z. B. die Handwerker leidet, wenn sie Monate und Monate auf Bezahlung der von ihnen geleisteten Arbeiten warten müssen. Wenn auf Publikum und Behörden in geeigneter Weise eingewirkt wird und wenn auch Handwerker und Ausleute sich daran gewöhnen, ihre Rechnung baldigst nach Lieferung der Arbeit oder der Ware einzureichen, so wäre immerhin dem „Mittelstande“ ein Dienst geleistet. Durch solche und andere „kleine Mittel“ hilft man demselben, nicht aber durch eine Wirtschaftspolitik, wie sie der Bund der Landwirthe fordert.

Die Unfallversicherung der Strafgefangenen.

Unter den socialpolitischen Reformen, die für den nächsten Winter im Reichsamt des Innern ausgearbeitet sind und gegenwärtig der Prüfung des Bundesrats unterliegen, ist von besonderer Bedeutung die Ausdehnung der Unfallversicherung auch auf die Strafgefangenen, die im Reichstag in früheren Jahren wiederholt angeregt worden, aber bei einem großen Theile der verbündeten Regierungen lange Zeit auf Widerspruch gestoßen. Um so mehr verdient anerkannt zu werden, daß das Reichsamt des Innern bei der Revision der gesamten Unfallversicherung die Ausfüllung dieser Lücke in Angriff genommen hat. Es waren dabei viele Schwierigkeiten zu überwinden; die größte liegt in der Eigenart des Arbeitsverhältnisses der Strafgefangenen. Der Staat hat die Verfügung über die Arbeitskraft der Strafgefangenen vermöge gesetzlicher Verpflichtung; der Strafgefangene ist demnach nicht in der Lage, sich der gewerblichen Arbeit zu entziehen, die ihm unter gewissen Voraussetzungen übertragen wird. Der jeweilige Privatunternehmer wiederum, der Strafarbeiter in seinem gewerblichen Betrieb beschäftigt, ist schon aus dem Grunde, im Interesse der Gefangenen, nicht zum Träger der Unfallversicherung entsprechend der Verpflichtungen zu machen, weil eine große Erhöhung in der Beschäftigung von Arbeitern die unausbleibliche Folge wäre. Der weltgehenden Fürsorge für die Unterbringung entlassener Strafgefangenen in gewerblichen Betrieben aber gebietet auch im Sinne der Unfallversicherung für dielejenigen Gefangenen zu sorgen, die sich im Verlaufe ihrer zwangsweisen Beschäftigung einen Schaden zugezogen haben, der nach der Verbüßung der Haft ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt und freien Arbeitern die Wirkungen der Unfallversicherungen übertragen wird. Die bisherige Erfahrung in der Bevölkerung zeigt, daß die Strafgefangenen, die nach der Verbüßung der Haft ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt und freien Arbeitern die Wirkungen der Unfallversicherungen übertragen wird. Die bisherige Erfahrung zeigt, daß die Strafgefangenen, die nach der Verbüßung der Haft ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt und freien Arbeitern die Wirkungen der Unfallversicherungen übertragen wird. Die bisherige Erfahrung zeigt, daß die Strafgefangenen, die nach der Verbüßung der Haft ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt und freien Arbeitern die Wirkungen der Unfallversicherungen übertragen wird.

Die Wirkung dieser Reform wird illustriert durch nachstehende Zahlen: Bei der letzten Veröffentlichung, die im Sommer 1895 aufgenommen wurde, wurden in den Straf- und Besserungsanstalten des Reiches gezählt 61 245 Gefangene,

die für gewerbliche Beschäftigung in Betracht kamen; das waren 27 auf 10 000 Erwerbstägige überhaupt. Die preußische Statistik liegt für das Jahr 1896/97 vor und weist nach im täglichen Durchschnitt 21 638 männliche und 3054 weibliche Gefangene mit Arbeitszwang, von denen rund 23 000 im täglichen Durchschnitt beschäftigt waren und 17 590 davon für Dritte gegen Lohn in industrieller Arbeit. So umfassend ist der Bereich dieser Reform, mit der wiederum das deutsche Reich den übrigen Bundesstaaten vorangeht.

„Gemäßigte Bahnen.“

Der Bund der Landwirthe entfaltet zur Zeit eine Agitation, als ob Neuwahlen vor der Thür ständen. Fast für jede Woche werden 20 bis 30 Versammlungen angekündigt. Nach den Bundesorganen sollte unter dem leichten Vorstande die Bewegung in gemäßigtere Bahnen geleitet werden sein. Als Probe dieser „Mäßigung“ seien folgende Sätze aus einer von der „Reisezeitung“ mitgetheilten Sympathiekundgebung für die Boeren wiedergegeben, die mit zahlreichen bauerlichen Unterschriften aus dem Kreise Osthorn an den Staatssekretär von Transvaal, Dr. Lenos, von dem Hofbeamten Baring-Ershof abgesandt worden ist. „Es liegt im Interesse der nationalen Interessen, die Culturovölker der Welt hin und wieder in Krieg zu verwickeln, denn Aktionen anlässlich der Abstimmung besonders das durch die Fortschritte der technischen Wissenschaften naturgemäße Sinken des Einschlusses, erhöhen somit die Macht des internationalen Großkapitals über Grundbesitzer und Arbeiter, und über die nationalen Regierungen selbst. Aktion ist die Erneuerung des Großkapitals!“ und das börsengerichtete England ist das kapitalistischste Land der Erde! Möge der schlichte Sieg der Boeren, den die Massen deutscher Bauern und Landwirthe erhoffen, dazu beitragen, die Macht des Kapitalismus nachhaltig zu brechen! Wann endlich werden die Culturovölker der Gegenwart das doch einer ungeheuerlichen internationalen Schuldenlast — begründet in einem italienischen Verhältnisystem — abwerfen? Die Socialdemokraten werden an dieser Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus ihre helle Freude haben.

Zu den tschechischen Demonstrationen gab in der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses der Minister des Innern o. Ä. Abg. in seiner Rede eine Darstellung der Vorfälle, welche die von dem Abg. Josef angeführten Beweise widerlegen. Thatjache sei, daß trotz aller Abmahnungen die Staatsorgane gewaltthätigen Angriffen ausgesetzt waren und daß nach Anwendung der schärfsten Mittel Beschädigungen an fremdem Gute vorgekommen seien. Der Minister bestritt in entschiedener Weise, daß seitens des Militärs in Prerau Schmähsprüche ausgestoßen seien, ebensoviel könne von einem Dreinhauen oder einer förmlichen Attacke gesprochen werden. Es sei daher nicht angebracht, mit den Thatjachen nicht im Einklang stehende Gerüchte zum Anlaß von Vorwürfen gegen Angehörige des Heeres zu machen. Wenn die Requisition von Militär überhaupt gerügt werde, so müsse constatirt werden, daß die Vorwürfe sich diametral gegenüberstehen. Würde an einen Ort, wo Demonstrationen stattfinden, Militär entsendet, so würden den Behörden vorgeworfen, sie hätten unrichtigerweise die ruhigen Bewohner in Erregung gesetzt; werde kein Militär entsendet, so würde den Behörden entgegengestellt, sie hätten nicht durch entsprechende Vorsorge Demonstrationen verhindert. Bezüglich der Vorwürfe gegen die Gendarmerie stellt der Minister fest, die Gendarmerie seien stundenlang den heftigsten Angriffen der erregten Menge ausgesetzt gewesen. Die Gendarmerie habe, obwohl an ihrem Leben bedroht, trotzdem die Ruhe und Besonnenheit bewahrt und von der Waffe erst im Zustande gerechter Notwehr Gebrauch gemacht. Die Vorschriften über den Waffengebrauch seien so streng, daß darin die Gewähr dafür liege, daß die Waffe nur im Falle der dringendsten Notwendigkeit angewendet werde. Die Behörden hätten ihre Pflicht erfüllt; auf den politischen Beamten lasse ein ungewöhnliches Maß von Verantwortung; ihr Pflichtkreis sei ein ausgedehnterer, wie in anderen Ländern. Die Untersuchung sei im vollen Zuge. Die Regierung werde Sorge tragen, daß die Schuldigen der Strafe nicht entgehen. Der Minister schließt, die zu Tage getretene Agitation in Mähren, bei welcher die Volksleidenschaften sich auch konfessioneller Momente bemächtigten, zerstöre nicht nur das friedliche Nebeneinander-Wirken und Leben der Bürger des Staates, sondern gefährde auch die Sicherheit des Eigentums und der Person. Es sei lieb beklagenswert, daß zu den bestehenden nationalen und politischen Gegensätzen noch andere traten, welche Leidenschaften entfesseln, die nur mit den schärfsten Repressionsregeln gebannt werden können. Solchen Ausbreitungen werde die Regierung entschieden entgegentreten. Sie sei dazu verpflichtet als Hüterin der öffentlichen Ordnung. (Zustimmung links.) Die Regierung bedauerte die Vorfälle schmerlich und werde alle Vorkehrungen treffen, um eine Wiederholung zu verhüten. (Lebhafte Beifall links. Aufforderung bei den Tschechen.)

Die Pariser Complot-Angelegenheit vor Gericht.

Gestern wurde die Sitzung des Staatsgerichtshofes um 1 Uhr eröffnet. Die Angeklagten wurden sofort in den Saal geführt, worauf der Gerichtsschreiber zum Namensaufruf der Senatorn

schriftl. Beim Aufruf der Zeugen kam es zu lärmenden Auftritten. Der Vorsitzende forderte die Angeklagten mehrere Male zur Ruhe auf. Der Zeuge Paulin Mery erhob lebhaften Einspruch, weil gestern die Zeugen nicht der Verleugnung der Anklageakte bewohnten. Ein Gerichtsdienstler führte in Folge dessen Paulin Mery aus dem Saal. Beim Namensaufruf des Obersten Montell riefen einige Zeuge: „Es lebe Guérin, es lebe Drouet! Nieder mit den Juden!“ Unterdessen wird draußen vor dem Saale die Marschallaise gesungen. Ein Zeuge, der dann mit überlauter Stimme rief: „Es lebe Drouet, es lebe das Heer!“ wurde auf Befehl des Vorsitzenden verhaftet. Mehrere Angeklagte erhoben sich von ihren Sitzen und protestierten heftig im Namen des allgemeinen Lärms.

Um 3 Uhr war der Aufruf der Zeugen beendet. Der Staatsanwalt erklärte, er werde gegen die Zeugen, welche die Amtshandlungen veranlaßten, keine Strafanträge stellen. Fallières ordnete die Freilassung des festgenommenen Zeugen an. Hierauf verlas Fallières die eingebrochenen Anträge, welche darauf hinzielten, den Senat für unzuständig zu erklären. Sobald wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme derselben entwickelte der Abgeordnete Deulin seine Schlussfolgerungen und beantragte, der Senat möge sich für unzuständig erklären, da die Anklage wegen Angriffes auf die Sicherheit des Staates ausgeschieden sei und es sich nur noch um Complot handle. Deulin verlas noch eine große Anzahl Schriftstücke, um den Unterschied zwischen „Complot“ und „Affentiel“ festzustellen und gab einen historischen Überblick über die von dem Staatsgerichtshof seit 1820 abgeurteilten Anklagen. Redner schloß mit den Worten, der Staatsgerichtshof werde, wenn er sich für unzuständig erklärt, der Gerechtigkeit Achtung bezeugen. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben. Die nächste findet morgen statt.

Nachmittags ereignete sich ein ernster Zwischenfall. Im Zeugensaale griff ein auf Antrag Guérins geladener Camelot Namens Kinder einen anderen Zeugen, den er für einen Sicherheitsbeamten hielt, thöthlich an und schlug ihn. Als die städtischen Garden ihn festnahmen, zog er einen Revolver aus der Tasche. Mit Mühe gelang es, ihn auf das Polizeibureau zu bringen. Auch beim Verlassen des Palais Luxembourg veranstalteten einige Zeugen, welche erst auf erneute Vorladung wieder zu erscheinen haben, verschiedene Amtshandlungen. Mehrere bereiteten Kochsport eine Ovation und sangen die Marschallaise. Die Polizei zerstreute schließlich die Menge.

Dom südafrikanischen Kriegsschauplatze

Negen heute nur wenig Nachrichten von Belang vor, die wir weiter unten mittheilen. Interessant dürfte ein Urteil des Kaisers von Österreich über diesen Krieg sein. Wie man aus Pest meldet, soll Kaiser Franz Josef zu ungarischen Abgeordneten gesagt haben, es sei dies einer der interessantesten Kriege. Die Treffsicherheit und Organisation der Boeren sei überragend, während die vielen Gefangen und Gefallenen der Engländer deren Tollkühnheit und bewundernswerten Mut beweisen.

Nach einer Meldung aus Lissabon haben die Regierungen mehrerer Mächte dort in den letzten Tagen bezüglich der immer wieder austostenden Nachricht über einen angeblich zwischen den Cabinetten von Lissabon und London abgeschlossenen Vertrag, durch den England das Recht zur Landung von Truppen in der Delagoabai eingeräumt wurde, Erkundigungen einzulegen lassen. Die von der portugiesischen Regierung in offizieller Form erhaltene Antwort lautet dahin, daß ein derartiges Ueberkommen nicht bestehe.

Aus Sportkreisen wird die Nachricht verbreitet, daß einer der populärsten Offiziere der preußischen Armee, Major im Generalstabe Frhr. v. Reichenstein, den Abschied genommen habe, um an der Seite der Boeren zu fechten. Diese Nachricht ruft geradezu Sensation hervor. Die kaiserliche Ordre betreffend die Theilnahme preußischer Offiziere an dem Kriege in Südafrika aus Anlaß des Einzelfalles bezog sich also auf den Offizier, der sich hoher Werthschätzung beim Kaiser erfreute,

der eine glänzende Carrrière gemacht und eine wohl noch glänzendere Zukunft vor sich hat. Frhr. v. Reichenstein, der unverheirathet ist, war jenes Wissens ursprünglich Artillerieoffizier, er war am 11. Februar 1879 Offizier geworden und bei dem damaligen wieder sehr verlangsamten Avancement rückte er erst am 28. März 1889 zum Oberleutnant auf; er kam zu den 4. Kürassieren in Münster, wurde dann zur Kriegsschule kommandiert und machte eine glänzende Prüfung. Hier in Berlin lag er neben wissenschaftlichen Studien auch dem Herrensport ob, seine Art des Reitens, seine großartige Ruhe, das wunderbare Eingreifen im entscheidenden Moment erregte Sensation. Mit den Esterhazys im Österreich-Ungarn sehr freundet, ritt er auch in Österreich und gewann dreimal hintereinander die größte österreichische Steeple-chase mit dem werthvollsten Ehrenpreis des Kaisers von Österreich; dann kam der Distanzritt 1892; was Freiherr v. Reichenstein hier geleistet, ist ja noch in aller Erinnerung, er war berufen, vor den ersten Autoritäten in der militärischen Gesellschaft hierüber einen Vortrag zu halten; Kaiser Wilhelm II. ernannte Freiherrn v. Reichenstein nach dem Distanzritt ganz außer der Tour zum Rittmeister (11. Oktober 1892); v. Reichenstein wurde dann Quartiermeister-Adjutant, später Rittmeister bei den Potsdamer 3. Garde-Ulanen, wurde darauf in den großen Generalstab versetzt und kurze Zeit darauf Major (10. September 1898), zum Schluss gehörte er dem Generalstab der 11. Division an. Er soll bereits nach Transvaal unterwegs sein.

Auf dem Deathwege ging uns Folgendes zu:

London, 11. November. Ein Armeebefehl macht bekannt, daß die einberufenen Reserve sich noch vor dem 20. d. Mts. bei den Fahnen zu stellen haben. Ein weiterer Armeebefehl ordnet die sofortige Mobilisierung der 50. Infanterie-Division für den Dienst in Südafrika an.

London, 10. November. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgende Depesche des Generals Buller aus Capstadt von heute: Nach einer vom 8. d. Mts. datirten Meldung aus Bulawayo ist am 2. November eine zu den Truppen des Obersten Plumer gehörige kleine Wagencolonne nebst Begleitmannschaften von den Boeren angegriffen worden. Sechs Mann werden vermisst. Die Wagencolonne

ist verloren gegangen. — Das Kriegsministerium veröffentlicht sodann noch folgenden Bericht:

Da in südafrikanischen Blättern die Mittheilung erschienen ist, daß die englische Artillerie auf die Geisen Fahrt geschossen habe, telegraphirte General Buller folgenden Bericht über diesen Vorfall, welcher dem „Standard and Diggers News“ von dem Reverend J. Martens, einem holländischen Geistlichen, übergeben wurde, welcher sich auf Seite der Boeren befand. Nach der Mittheilung des Geistlichen hatten die Engländer, nachdem der erste Kanonenblitz abgefeuert war, geglaubt, daß die Boeren sich auf der Bahnhofstation befinden, und auf dieselbe gefeuert. Die Boeren standen jedoch nicht dort. Ein Kanonenblitz traf eine Ambulanz. Sobald die Engländer ihr Bersehen bemerkten, stellten sie das Feuer ein. Die Ambulanz hätte nach den üblichen Vorschriften in einer Entfernung von drei Meilen vom Schlachtfelde stationirt werden müssen, ein Vorwurf könnte somit gegen die Engländer nicht erhoben werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. November. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist unwillig darüber, daß bei den diesmaligen Berliner Stadtverordnetenwahlen das Gros der staatlichen Beamtenchaft nach Ausweis der Wählerlisten fast geschlossen für die freisinnigen Kandidaten im 6. und 7. Communalwahlbezirk eingetreten sei. Der jüdische Stadtverordnete Ullstein sei hauptsächlich von militärischen und unteren Beamten sowie von solchen der Post gewählt. In der zweiten Abteilung hätten die zur Wahl erschienenen höheren Beamten fast ausschließlich die freisinnigen Kandidaten gewählt. — Was beweist das agrarisch-conservative Organ mit dieser Mittheilung? Vor Jahren, als bei den Wahlen zum „rothen Hause“ die Staatsbeamten zur Urne gewissermaßen commandiert wurden, da ließen sich die Conservativen und Antisemiten das gern gefallen. Heute, wo die Beamten freiwillig — das Gegenteil wagt die „Dtsch. Tageszeitung“ nicht zu behaupten — für freisinnige Kandidaten eintreten, da schlägt man Lärm und — denunciert. Dass in der That eine Denunciation vorliegt, zeigt der Schlusssatz in der Notiz des Blattes:

„Da nun in regelmäßiger Fortschreitender Entwicklung die Sozialdemokraten den Freisinn ablösen, so ist es dem Leser unbenommen, sich seine besonderen Gedanken über Berliner Beamtenwahlen zu machen.“

Da hat man's. Die Beamten werden ohne weiteres als Helfershelfer oder „Schriftsteller“ der revolutionären Socialdemokratie charakterisiert. Wird man nicht sofort gegen diese unbotmäßigen Elemente einschreiten?

Der neue Reichstag enthält eine erste Note für den Postbau in Königsberg. Als zweite Note zur Errichtung des Staatsbildes für Kaiser Friedrich sind 200 000 Mk. angezeigt für die weitere Bearbeitung der Entwürfe und Modelle und für die Herstellung des Unterbaues.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidiums, wonach das am 4. November erlassene Verbot, Schweine aus dem hiesigen städtischen Viehhofe abzutreiben, am 9. November wieder aufgehoben worden ist.

Die Einbringung der erweiterten Kanalvorlage im Abgeordnetenhaus dürfte im Februar zu erwarten sein.

Der Centralverband deutscher Holzinteressen in Wiesbaden bedauert die Ablehnung der Kanalvorlage, er wird bei deren Wiedereinführung einen Verbandstag einberufen.

Das Reichsgericht verwarf die Revision der „Staatsbürger-Zeitung“ gegen das Urteil wegen Veröffentlichung der Pückler'schen Neden.

Professor Dr. Schweninger erlitt beim Abpringen von der Pferdebahn einen doppelten Armbruch.

[Empfang des Kaisers in England.] Aus London wird heute gemeldet: Das englische Schlupfgeschwader in Gibraltar und andere dort liegende Kriegsschiffe haben Weisung erhalten, nach Spithead zu fahren, um am 20. November den deutschen Kaiser zu empfangen.

[Graf Arnim-Schlegenskin.] Der frühere Vorsitzende des Ausschusses der National-Hypotheken-Creditgesellschaft zu Stettin, ist aus der Untersuchungshaft, in die er vor einigen Wochen wegen des gegen die früheren Mitglieder der Verwaltung jener Gesellschaft schwedenden Strafverfahrens genommen war, entlassen worden. Die Entlassung erfolgte auf Grund ärztlicher Gutachten. Wie die „Freie. Ztg.“ mittheilt, hat Graf Arnim zuvor eine Sicherheit in Höhe von 200 000 Mk. leisten müssen.

Spandau, 11. Nov. Der Obersteuerwerker Gammann bei der königlichen Geschützgieherei ist verhaftet, weil er Zeichnungen von Geschützkonstruktionen besitzt haben soll. Er behauptet, sie zwangsweise mitgenommen zu haben. Es gilt für sehr tüchtig, er ist verheirathet.

Kiel, 10. Nov. Bei der Probefahrt des neuen Kreuzers „Vimeta“ erfolgte eine Rohr-Explosion, durch welche das Schiff betriebsunfähig geworden ist, so daß es in den Hafen zurückkehren mußte.

München, 10. Nov. Die Abgeordnetenammer setzte heute die Debatte über die bayerische Politik fort. Staatsminister v. Graisheim wies die scharfen Ausfälle einiger Redner, die gegen England wegen der Transvaal-Angelegenheit vorgebracht wurden, zurück, da dies gegen einen befremdeten Staat parlamentarisch unzulässig sei. Was die Handelsverträge betrifft, so wirke die bayerische Regierung stets auf Erhöhung der Gewerbeesteuer hin. Die Vorbereitungen für den Abschluß der neuen Handelsverträge seien derartig, daß Deutschland wohl gewappnet in die Verhandlungen eintreten könne.

Österreich-Ungarn.

Prag, 10. Nov. „Pragka Noviny“ wenden sich gegen die Demonstrationen und Ausschreitungen auf dem Lande, welche das Lichtenauvolk als solches und dessen Berater fernhielten und führt aus, die Staatsbehörden würden schwer gegen die Pflicht sündigen, wenn sie dagegen nicht auf das energischste aufräten; die gewaltsame Anstossung des Eigentums der österreichischen Staats-

bürger könne ebenso wenig geduldet werden, wie das Auflehnen gegen die militärische Disciplin. Das Blatt stellt fest, daß die Widersehlichkeiten bei Controversammlungen nur auf dem Lande und nicht in der Hauptstadt vorkommen, weil dies für gewisse Agitatoren bequemer und ungefährlich sei, und appelliert an die Besonnenen auf dem Lande, diese Agitatoren nicht die Kosten aus dem Feuer zu holen.

Frankreich.

Paris, 11. Nov. Der „Matin“ und der „Eclair“ melden, daß in der Provinz Constantine in Algier vor kurzem die Pest ausgebrochen sei. Zuerst seien in Philippeville, dann in Bougie sowohl unter der Civilbevölkerung wie unter den Truppen mehrere Todesfälle an der Pest vorgekommen. Dr. Chantemesse sei vor einigen Tagen nach Constantine abgereist, um den Verlauf der Seuche zu studiren.

Von wohlunterrichteter Seite wird diese Nachricht bestätigt. Die Pest ist in Philippeville vor drei Wochen, jedoch in sehr milder Form, aufgetreten. Die Krankheit hat sich bisher nicht ausgebreitet, sondern sich auf einige Fälle beschränkt. Die Regierung hat mit vollem Erfolg umfassende Vorkehrsmahrschläge getroffen und insbesondere im großen Maße Truppenimpfungen vornehmen lassen. Ob die Pest aus Indien oder aus Oporto eingeschleppt worden ist, hat noch nicht festgestellt werden können.

Spanien.

Madrid, 10. Nov. Die Prinzen Albrecht und Friedrich Heinrich von Preußen begaben sich heute in Begleitung der Infantin Isabella nach dem Schloss Pardo zur Hochzeit. Die Königin-Regentin und die Infantin Isabella machten dem Prinzen Toledaner Waffen zum Geschenk.

Coloniales.

Berlin, 10. Nov. Der Colonialrat verhandelte gestern auch über einen Erlass betreffend Bestimmungen zur Verhinderung der Einwanderung mittelloser Personen in die Colonien und beschloß, es sei eine Verfügung zu erlassen, wodurch Gesellschaften, Firmen und Personen, welche in Europa Leute für die Colonien anwerben, verpflichtet sind, ihre Angestellten auf eigene Kosten heimzubefordern, wenn der Contract beendet oder die Angestellten krankheitshalber zur Aufgabe ihrer Stellung gezwungen sind. Ferner sollen Bestimmungen erlassen werden, wodurch die Einwanderung mittelloser Ausländer beschränkt oder verhindert wird. Der Colonialrat verneinte die Frage der Haftbarmachung der Kapitäne für die Landung mittelloser Ausländer, stellte aber ausdrücklich fest, daß die Schiffsgeellschaften zu verpflichten seien, die bei der Landung vom Gouvernement etwa juridigewiesenen Ausländer unentgeltlich wieder anzunehmen.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 11. November. Weiterausstehen für Sonntag, 12. Nov., und zwar für das nordöstliche Deutschland: Milde, wolbig, Vielsach neblig. Windig.

* [Sturmwarnung.] Ein heute Vormittags 11^{1/4} Uhr eingetroffenes Telegramm der Seewarte meldet: Ein dieses Minimum über der Nordsee macht stark auffällend südwärtige und westliche Winde wahrscheinlich. Die Rüstenstationen haben den Signalball aufzuhiszen.

* [Das neue Kriegsschiff-Bassfin.] In Bestätigung unserer Mittheilung in der Nummer vom 10. d. M. Werstanlagen auf der Holminsel betreffend, erfahren wir noch folgendes Nähere: Zwischen der Marine-Verwaltung und der Holminselgesellschaft ist ein Länderei-Tausch- und Kaufvertrag zu Stande gekommen und vorbehaltlich der Annahme des Entwurfs zum Marine-Etat für 1900 durch die geschickten Factoren rechtsigig abgeschlossen worden. Durch denselben hat die Marine-Verwaltung auf der westlichen Seite der Holminsel, der kaiserlichen Werft gegenüber, ein Landstück von 18—19 Hectar Größe erworben. Die Holminselgesellschaft soll entzädiert werden durch Theile der Festungswehr „Brückenkopf Neuruppin“, „Fort Kronprinz“, „Lunette Wobeser“ u. a., welche als zu fortifikatorischen Zwecken nicht mehr erforderlich, von der Militär-Verwaltung an die Marine-Verwaltung abgetreten worden sind, sowie durch einen Baarbetrag von 200 000 Mk. Die Marine-Verwaltung beabsichtigt auf dem erworbene Gelände zunächst ein umfangreiches Bassin zur Aufnahme einer Anzahl größerer Schiffe zu erbauen. Auf beiden Seiten desselben würden die erforderlichen Magazine errichtet werden. Die weitere Verwendung des neuen Bassins soll späteren Entwicklungen vorbehalten bleiben.

* [Aus Anlaß der Wiederkehr des 50. Gründungsfestes des Martinsappells] stand gestern Abend im großen Saale des „Danziger Hof“ eine Festfeier des Offizierkorps des Landwehrbezirks Danzig statt. Eingeitelt wurde dieselbe durch Aufführung des durch Herrn Schauspieler Krafft inszenirten Pücklerschen Lustspiels „Brandenburgische Eroberungen“ seitens Mitglieder des Offizierkorps und der Damen. Fr. Hoffmann und Prof. vom Danziger Stadttheater, sowie durch lebende Bilder aus der Geschichte des Martinsappells, zu denen Herr Stadtrath Ehlers einen verbindenden Text gedreht hatte, der von Herrn Oberlehrer Hauptmann Dr. Gaede vorgetragen und von Gefangen eines Doppelquartetts unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Frank, Dirigenten des Danziger Männer-Gesang-Vereins, begleitet wurde. Ein frohes Festmahl, an dem ca. 200 Personen Theil nahmen, unter denen als Ehrengäste Herr Generalmajor Graf v. Arndt, die Herren Regiments-Commandeure von Reichenbach, Schönenburg und Bonderg sich befanden und bei dem Herr Oberleutnant und Bezirks-Commandeur Hocke den Kaisertrost und die Festrede übernommen hatte, bildete den Schluss der Feier. Im Verlaufe des Festes feierte Herr Hauptmann Rathke-Praust die Ritterakademie und Herr Hauptmann Schreye-Prangsch den Commandeur Herrn Hocke.

* [Preuß. Altkassenlotterie.] Bei der heute Vormittag beendigten Ziehung der 4. Klasse der 201. preuß. Altkassen-Lotterie fielen:

64 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 25 693 64 800.

33 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 5589 11 585 12 375 27 408 29 393 48 296 52 723 53 012

57 828 59 321 59 534 67 745 70 043 71 95 422

106 053 109 605 114 446 114 534 115 244 126 924

127 909 128 499 133 658 133 694 134 634 144 192

148 386 150 724 172 335 187 850 207 231 217 357.

Die Ziehung der 1. Klasse der 202. preußischen Altkassen-Lotterie beginnt am 9. Januar.

* [Kaffettens-Ansichten.] Am Dienstag, den 14. d. M., Vormittags von 9 Uhr ab, sollen auf dem Anspülplatz vor der Widderschanze in Weichselmünde wieder Kaffettens mit zusammen 138 Schuf auf Haltbarkeit angeschossen werden. Es werden nur blind geladene Kaffettens beschossen. Der Lohn für diese Gefährde ist nicht ausgebildet.

Die See liegt vom Festungsturm Weichselmünde aus gegen zwischen RND. und R. d. O. mißweisend und erstreckt sich von der Küste bis auf 5000 Meter in See. Zum Abpieren des gefährdeten Theils der See wird neben der Schiffsline ein Dampfer mit einem Booten an Bord kreuzen.

* [Personalien bei der Post.] Verliehen ist dem Postdirektor Böckler in Braudenz bei seinem Scheiden aus dem Dienst das allgemeine Ehrenzeichen in Gold. Ernannt sind: zu Postdirektoren: der Postinspektor Lemming (früher in Köslin) in Lübben, der Postkassirer Fehner in Spandau, zum Oberpostkassirer der Bureau-Rohle aus Königsberg. Versetzt sind: die Postpraktikanten Ackermann von Mainz nach Danzig, Horne mann von Danzig nach Mannheim, die Postassistenten Teuberl von Flawitz nach Thorn, Krämer von Zoppot nach Pölitz, Karlich von Strasburg nach Thorn, Wittkowski von Danzig nach Thorn, Krämer von Thorn nach Löbau (Westpr.). R. Zimmermann von Thorn nach Liegnitz, Knopf von Danzig nach Laskowitz, Kuhn von Neujahrswasser nach Danzig, Lehmann von Dirschau nach Christburg, Preußisch von Glogau nach Königsberg. In den Ruhestand tritt der

hier eingetretten waren, unternahmen heute Vormittag mit dem Dampfer „Hecht“ eine Fahrt nach Legan, wo sie die neue Waggonfabrik einnehmend bestiegen. Der Director dieser Fabrik, Herr Regierungsrath Schrenk, welcher bekanntlich auch Vorsitzender des Verbandes ist, empfing die Herren in der zuvor kommenden Weise und übernahm die Führung durch das interessante Etablissement, dessen Betrieb durch Herrn Schrenk vorzüglich organisiert ist und in welchem der Craft energetischer Betriebshabkeit ebenso wie die menschenfreundlichste Fürsorge für das Wohl der dort beschäftigten Werkleute und sonstigen Arbeitskräfte unverkennbar walte. Um 12 Uhr Mittags kehrte man von dem lehrreichen Ausfluge hierher zurück.

* [Grundsteinlegung

Ober-Telegraphenassistent Zeuge in Stolp. Gestorben ist der Ober-Telegraphenassistent Gottschalk in Danzig.

* [Verein für Naturheilkunde.] Die gesetzte Monatsversammlung gestaltete sich zu einem ungemein interessanten und anregenden Abend. Von einem Vorstandsmitgliede wurden Anregungen gegeben und Zielpunkte vorgeführt, denen der Verein zustreben müsse. Die Naturheilbewegung nehme mit Riesenschritten zu und fände in allen, auch den ärztlichen und wissenschaftlichen Kreisen fortwährend neue Sympathien und Anhänger. Da sei es Zeit, sich mit weiteren Zielen zu beschäftigen. 3000 Mitglieder in Danzig müsse das erste Ziel sein. Die Monats-Versammlungen müssten durch regelmäßige Vorträge mit unbelasteten Diskussionen anregender und wirklicher gestaltet werden. Auch Nichtmitglieder müssten zu diesen Versammlungen eingeladen werden. Ferner müsse man dahin streben, die Krankenkassen zu gewinnen, daß sie ihren Mitgliedern frei stellten, sich auch natürlich behandeln zu lassen. Durch eine große Versammlung für Arbeiter und Arbeitervitten im Schürenhaus müsse die Bewegung auch in diese Kreise getragen werden. Sympathien seien hier vorhanden. Auch ein Flugblatt würde sich hierzu empfehlen. Beziüglich des Lazarettbaues in Danzig müsse man durch die Stadtverordneten-Versammlung dahin wirken, daß eine ländliche Station errichtet werde. Ferner müsse man durch die Stadtverordneten-Versammlung dahin streben, daß den Kranken in den städtischen Lazaretten naturärztliche Behandlung freigestellt werde. Die Errichtung eines Naturheilbades in Danzig und einer Naturheilstätte, etwa in Posen, müsse ins Auge gefaßt werden. Ebenso die Einrichtung eines Reform-Wirthshauses. An diese Anregungen knüpfe sich eine sehr lebhafte Debatte, die sich im allgemeinen in zustimmender Richtung bewegte. In der Debatte wurde mitgetheilt, daß die Krankenkasse des hiesigen Kaufmännischen Vereins von 1870 ihren Mitgliedern freigestellt habe, sich natürlich behandeln zu lassen.

* [Lutherfeier.] Im großen Saale des Schürenhauses, der bis auf den letzten Platz besetzt war, hatte der Evangelische Bund gestern Abend zur Lutherfeier einen christlichen Familienabend veranstaltet. Herr Archidiakonus Blech leitete die Feier mit Gebet ein, worauf gemeinsam der erste und letzte Vers des Lutherliedes „Ein' feste Burg ist unser Gott“ gesungen wurde. Herr Consistorialrat Dr. Gröbler hielt alsdann eine längere Ansprache über das Thema: „Luther nicht Kirchenstöerer, sondern Kirchenbauer“, in der Redner besonders hervor hob, daß der große Reformator hauptsächlich zur Jugend und zu dem Geiste und überhaupt zu den einfachsten und schlichtesten Kreisen gepredigt und dadurch den Ausbau der evangelischen Kirche erzielt habe. Namens des evangelischen Bundes sprach Herr Archidiakonus Blech den Vortragenden den Dank für seine Aussführungen aus, worauf noch ein Vers des Reformationsliedes gesungen wurde. Der unter der Leitung des Herrn Missionars Lew stehende gemischte Chor der christlichen Vereinigung brachte alsdann den Chor „Glaubensstreue“ von Stein und das Reformationslied von Dr. Nageli. Es lag in Nacht und Graus“ zur Aufführung, womit Solofänge, Klavier- und Geigenvorträge bewährter Dilettantent wechselten.

* [Der hiesige Zweigverein vom rothen Kreuz] wird seine Jahresversammlung am 16. Nov. nachm., im Sitzungsraume des Polizeipräsidiums abhalten. Auf der Tagesordnung stehen Vorstandswahlen, Bewilligung einer Beihilfe zur Förderung der Überschwemmungsnot in Boiern, Bericht über den Zustand der in den Sälen des Diakonissen-Krankenhauses und des St. Marienkrankhauses aufgestellten Dörferlichen Baracken.

* [Turnverein zu Neufahrwasser.] In dem Hotel „Germania“ hielt gestern Abend der Turnverein von Neufahrwasser eine Versammlung ab, welche, da auf der Tagesordnung eine für den Verein höchst wichtige Angelegenheit, nämlich der Bau einer eigenen Turnhalle, stand, besonders zahlreich besucht war. Die Feier des Weihnachtsfestes soll im Rahmen früherer Zeiten in Verbindung mit turnerischen und theatralischen Aufführungen abgehalten werden. Es wurde hierzu der 6. Januar in Aussicht genommen. Das Hauptinteresse der Versammlung erregte selbstverständlich der Turnhallenbau. Der Verein, der zum Theil seine eigenen Geräthe besitzt, turnt in der städtischen Turnhalle, die zum Schulgrundstück gehört. Der Mangel aber an einem geeigneten Vereinslokal, in welchem Versammlungen und anderweitige Veranstaltungen abgehalten werden können, führte den Gedanken näher, den Bau eines solchen Lokals in Verbindung mit einer Turnhalle in Erwägung zu ziehen. Vorläufige Uebersichten und Anschläge machen unter der Annahme, daß der Grund und Boden vom Magistrat der Stadt Danzig für diesen Zweck zu möglichen Preise abgegeben würde, eine Kostensumme von 45 000 Mk. erforderlich. Eine solche Anlage kann sich aber nur dann rentieren, wenn größere Räumlichkeiten (Gesellschafts- und Festräume), an denen es im Octo. selbst bis jetzt noch gänzlich mangelt, geschaffen werden. Es wurde nun eine Commission gewählt, die zunächst sich selber und dann dem Verein ein klareres Bild der ganzen Angelegenheit verschaffen, auch die eventuelle Sicherung eines Bauplatzes vor der Zeit, sowie die Beschaffung der nötiger Baukapitalien ins Auge fassen soll. Ein Bericht darüber wird Gegenstand der nächsten Monatsversammlung sein. Schließlich wies der Vorstand auf die für den nächsten Sonntag geplante Turnfahrt nach Heubude hin, wobei die Turner mit dem Danziger Männerturnverein zusammenstossen und dann gemeinsam zurück nach der Westerplatte marschiren wollen.

* [Schwurgericht.] Unter der Anklage, seine eigene Ehefrau Brigite, geb. Ostrowski, erschlagen zu haben, erschien gestern Nachmittag der Arbeiter Franz Puschke vor den Gefährten. Aus dem Vorleben des Angeklagten ist zu bemerken, daß der selbe in seiner Jugend das Schneiderehandwerk erlernt und dann als Gezelie mehrere Jahre durch Deutschland gewandert ist. Bei diesen Wanderschaften hat er sich auch mehrere Strafen zugezogen, die aber sämlich unerheblich sind. Im Jahre 1892 kam der Angeklagte nach Schweden, wo er seine Frau kennen lernte. Diese habe schon damals zwei außereheliche Kinder und soll einen ziemlich freien Lebensantrieb geführt haben. Der Ehe, die der Angeklagte mit ihr eingegangen ist, dann noch drei Kinder. Da die Frau dem Trunk ergeben war, versiel auch P. demselben. Nun kam es zwischen den Eheleuten häufig zu Schlägereien. Im Herbst dieses Jahres, zur Zeit der Kartoffelernte, zog der Angeklagte mit seiner Frau und den vier jüngsten Kindern nach dem Gute St. Maijau, um dort bei der Ernte zu arbeiten. Hier wurden die Puschkes'chen Eheleute in einer Instanz untergebracht, in der noch mehrere Familien und auch mehrere junge Polen wohnten, welche ebenfalls auf dem Gute beschäftigt waren, mit denen Frau P. intim verkehrt haben soll. Am 8. Oktober Abends ging Letzter nach einer Nachbarstube, wo sie mit den Bewohnern derselben Schnaps trank. Da dem Angeklagten das Ausbleiben zu lange dauerte, ging er heran, wo dieselbe weilte. Hierbei will er die Gattin bei ehrlicher Untreue ergriffen haben. Er will sie nun bei den Haaren ergripen und nach seiner Stube geschleppt haben. Später entfernte sich die Frau noch einmal und kehrte erst nach Mitternacht nach ihrer Stube zurück. Der Angeklagte stand nun, wie er selbst einräumt, auf, stieß Licht an, griff nach der Axt und führte mit derselben zwei Schläge nach dem Kopfe der Frau. Einer dieser Schläge zertrümmerte die Hirnschale, wodurch der Tod herbeigesetzt wurde. — Gleich am anderen Morgen begab sich der Angeklagte nach Dirschau, wo er seine That selbst anzeigte und sich der Polizeibehörde zur Verhaftung stellte. — Die Beweisaufnahme ergab im wesentlichen den geschilderten

Halbestand. Durch das Gutachten der Herren Kreisphysicus Dr. Hermann und Dr. Wessel aus Dirschau, welche die Leiche der erschlagenen Sekretärin haben, wurde festgestellt, daß der Tod derselben durch die Axtwunde gegen den Kopf herbeigeführt ist. Ebenso ist bei der Section festgestellt worden, daß Frau P. einer Entbindung entgegenging. Mehrere darüber vernommene Zeugen, ob der Angeklagte oder seine Frau mehr Schuld an den elselichen Zwistigkeiten hatten, sprachen sich dahin aus, daß der Frau mehr Schuld zuzuschreiben sei. Dieselbe sei dem Trunk sehr stark ergeben gewesen, und habe sogar ihre Sachen verkauft, um sich nur Alkohol verschaffen zu können. Dagegen habe sich der Angeklagte seit seiner Verhaftung nichts weiter zu Schulden kommen lassen, als daß er sich auch hin und wieder betrunken hat, doch sei er stets bestrebt gewesen, für seine Familie zu sorgen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Todes schuldig, bejahten aber auch zu seinen Gunsten die Frage, ob er ohne seine Schuld durch eine schwere Beleidigung auf der Stelle zu der That hingerissen worden sei. Nach dieser die Strafumsetzung wesentlich mildernden Verdikt erkannte der Gerichtshof auf zweijährige Gefängnisstrafe.

Da heute die letzte Anklagesache zur Verhandlung kommt, entließ der Herr Vorsitzende vor Eintritt in die Verhandlungen zuerst diejenigen Geschworenen, die heute nicht mehr zu fungieren brauchen, mit Worten des Dankes für ihre Thätigkeit im Dienste der Justiz. Wie wir schon mitgetheilt haben, kam heute eine Anklage wegen Aufzugs zur Aburteilung. Als Angeklagte erschienen die Arbeiter Paul Sierszinski aus Golenberg, Gustav Hoyer und Hermann Anapinski aus Elmara und August Sulima aus Danzig vor der Schranke. Sämlich alle Angeklagten befinden sich in Unterfuchungshaft. Der Anklage liegt ein Vorgang zu Grunde, der sich am 18. September in der Hopsengasse abgespielt hat. Die Angeklagten schilderten denselben in folgender Weise: Hoyer, Anapinski und Sulima, welche zusammen in einem Speicher gearbeitet haben, hatten ein in der Hopsengasse liegendes Schanklokal aufgesucht. Dort geriet Hoyer mit einigen anderen Arbeitern in Streit. Der Inhaber des Lokals forderte die Streitenden auf, sich zu entfernen. Da der Aufruhrer nicht sofort Folge geleistet wurde, wurden zwei Schuhleute herbeigeholt, welche kurzen Prozeß machten und die Streitenden an die frische Luft beförderten. Unter diesen befanden sich außer Kaiser auch die Angeklagten Sierszinski und Anapinski. Sulima verließ das Lokal freiwillig. Sierszinski wollte noch einmal das Lokal betreten, um, wie er angiebt, einen Schnaps, den er bereits bezahlt hatte, auszutrinken. Hieran will er gehindert worden sein, worauf sich ein Kravall entstand, in dessen Verlauf die ersten drei Angeklagten verhaftet wurden. Sulima wurde erst am folgenden Tage verhaftet. Soweit die Aussagen der Angeklagten. Zur Beweisaufnahme sind allein zehn Schuhleute und ein Schuhmanns-Wachtmeister, außerdem mehrere Arbeiter und andere Zeugen geladen. Die Schilderungen der Schuhleute geben ein wesentlich anderes Bild von den Heranträgen. Der Schuhmanns-Wachtmeister Schreiber sagt aus, daß er mit dem Schuhmann Hoyer nach dem Lokal gerufen wurde, weil dort eine Schlägerei entstanden war. Es befanden sich dort ca. 15 Personen, welche, da sie nicht freiwillig gingen, gewaltsam hinaus befördert wurden. Draußen sammelten sich dann eine große Menschenmenge an, welche eine drohende Haltung einnahm. Sierszinski soll die Arbeiter mit den Worten: „Was, Ihr wollt Arbeiter sein und laßt Euch von den Kerls rauschmeißen?“ zeigt mal, daß Ihr Arbeiter seid“, aufgeweckt haben. Einer Aufsordnung, den Platz zu verlassen, kam Sierszinski nicht nach, skandalös vielmehr weiter und lehnte die Aufruhrer fort. Deshalb sollte S. verhaftet werden, er widerlehrte sich jedoch, riß sich los, und drang auf den Schuhmann Hoyer ein, dem er auch den Sabel entriß. Als er wieder festgenommen wurde, sollen die anderen drei Angeklagten S. gewaltsam zu befreien gesucht haben und ebenfalls auf die Schuhleute eingedrungen sein. Der Schuhmann Hoyer sogleich im wesentlichen dasselbe aus. (Die Verhandlung dauert bei Schluß des Protes noch fort.)

* [100jähriges Jubiläum.] Die Arbeiter Peter Kael'schen Schuleute in Weichselmünde, welche sich allgemeiner Achtung und Liebe erfreuen, gedenken am 17. d. Mts. das sehr seltene Fest der diamantenen Hochzeit zu feiern.

* [Feuer.] In der verflossenen Nacht gegen 18. Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Etablissement „Wintergarten“ am Döberthof gerufen. In dem nach dem Garten zu belegenen Seitengebäude war in Folge einer schadhaften Stelle des Schornsteins Feuer entstanden, das beim Eintreffen der Wehr bereits die im Parterre und in der ersten Etage belegten Räume ergriffen hatte. Mittels einer Basspriape und eines Hydranten wurde unausgängt Wasser gegeben und etwa zwei Stunden hatte die Wehr zu thun, um das Feuer vollständig zu löschen und jede weitere Gefahr zu beseitigen. Der sämliche Inhalt der in Brand befindlichen Räume ist ein Raum der Flammen geworden. Man nimmt an, daß die in der Nähe der schadhaften Stelle des Schornsteins befindliche Balkenlage schon einige Tage geschwelt hat, ohne daß es bemerkt worden ist.

* [Geuchen.] Da nach amtlicher Feststellung auch in Schnakenburg (Kreis Danziger Niederung), die Maul- und Klauenfuchse ausgebrochen ist, bleiben für den ganzen Amtsbezirk Einlage die s. B. angeordneten Schuh- und Sperrmaßregeln bis auf Weiteres bestehen. Dagegen sind, nachdem die Abheilung der Erscheinungen der Maul- und Klauenfuchse bei den erkrankten Viehbeständen in den Amtsbezirken Heubude und Weichselmünde auffällig festgestellt ist, die im September d. J. dort angeordneten Schuh- und Sperrmaßregeln aufgehoben worden. — In der Ortschaft Raikau (Kreis Dirschau) ist die Maul- und Klauenfuchse vollständig erloschen, ebenso ist die Rothlaufkrankheit unter den Eseln im Gut St. Trampe erloschen.

* [Maschinisten-Prüfung.] Die am Dienstag bei der hiesigen königl. Regierung unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs- und Generalsekretärs Goebel begonnene und gestern Nachmittag beendete Maschinistenprüfung für große Seeadmiräle haben die nachstehenden Candidaten bestanden und die bezüglichen Patente erhalten: Patent 1. Klasse: Haack aus Danzig und Friedrich aus Borgfeld; Patent 2. Klasse: Rudinski aus Bichendorf und Storch aus Lübeck; Patent 3. Klasse: Arndt, Böschmann, Hering, Hoyer, Mörsel und Prohl aus Danzig; Behrendt, Heinrich und Schulz aus Neufahrwasser; Hildebrand aus Schmidt und Ramin aus Weichselmünde.

* [Geheimsdrama.] Der Arbeiter L. geriet in seiner Wohnung mit seiner Frau und Schwiegermutter in Streit, der schließlich in eine Schlägerei ausartete, hierbei antlernd der Mann den beiden Frauen und wurde so zugerichtet, daß er heute in das chirurgische Stadtkrankenhaus aufgenommen werden mußte.

* [Unfall.] Der Schlosser Paul Labudda fiel in seiner Wohnung so unglücklich zur Erde, daß er eine schwere Kopfverletzung erlitt. Er mußte sich nach dem chirurgischen Stadtkrankenhaus begieben, woselbst seine Aufnahme erfolgte.

Die im 79. Lebensjahr stehende Witwe Friederike Krause fiel in einem Hause in der Hintergasse die Treppe herunter und zog sich dadurch ebenfalls schwere Körperverletzungen zu. Sie wurde mittelst Krankenwagens ins Stadtkrankenhaus gebracht.

Aus den Provinzen.

* [Doppelz. 11. Nov.] Gestern früh nach 7 Uhr zerbrach mit donnerähnlichem Krachen ein großer

Schwungrad in dem Maschinenraum der elektrischen Station. Centner schwere Stücke durchschlägten das Dach, große Löcher in demselben reißend. Ein Stück, wohl 1½ t. schwer, sloss 150 Meter weit über die Grundfläche zwischen Gerichtstraße und Pommerische Straße und fiel auf dem Hofe des Schmidt'schen Gasthauses an der leichtgezähmten Straße nieder. Glücklicherweise sind Menschen nicht verunglückt. Der Betrieb wird nicht besonders unterbrochen werden.

* [Doppelz. 11. Nov.] Die Verhandlungen betreffend die Herstellung einer Eisenbahnunterführung sind in ein neues Stadium eingetreten, welches, wie es scheint, die Sothe einer baldigen Lösung entgegenführen wird, sofern die Gemeinde bereit finden läßt, die auch in diesem Falle ihr angesonnenen erheblichen Geldopfer zu übernehmen. Es soll die Unterführungsanlage an der Bahnstrecke ihren Anfang nehmen, sich unmittelbar hinter dem Fährhafen Grundstück hinziehen, sodann unter dem Bahnkörper hindurch, demnächst an demselben entlang bis zum Wilmersdorfer Grundstück, in welchem die landwirtschaftliche Schule sich befindet, heran, und an diesem Grundstück entlang in die Danziger Straße geführt werden. Die Gefällschwierigkeiten werden durch das Project in bestreitender Weise überwunden. Die lichte Höhe des Unterführungsbaus ist auf 4,40 Meter angenommen. Die Kosten, welche die Gemeinde übernehmen soll, bestehen in denjenigen des Grunderwerbs und der auf dem Terrain stehenden, zum Abbruch kommenden Gebäuden, den Kosten für Wirtschafts-Erwerbsnisse und denjenigen der Unterhaltung der herzustellenden Straßenanlagen. Zum Abbruch kommen würde die auf dem Grundstück des Herrn Schulrats Witt stehende Schmiede und einige andere nicht beträchtliche Gebäude. Daraufhin wird sich die Gemeinde-Beratung schon in ihrer nächsten Sitzung mit dem Gegenstand beschäftigen.

* [Doppelz. 10. Nov.] In der heutigen Generalversammlung der Hornhaus-Genossenschaft wurde die Auflösung derselben beschlossen. Die Genossenschaft ist bisher überhaupt noch nicht in Wirklichkeit getreten, und es war für das Ausgeben des Planes, hier ein Silo zu errichten, nur die Überzeugung mögliche, daß der hiesige Ort kein geeigneter Platz zum Bau des Hornhauses sei, doch es sich vielmehr empfehlen dürfte, in Gemeinschaft mit den Interessen des Neustädter Kreises an einem anderen Orte, etwa in Riede oder Neustadt, ein Silo zu erbauen.

* [Neustadt. 10. Nov.] Der gestern hier abgehaltene Martini-Jahrmarkt fiel nach jeder Richtung hin befriedigend aus. Auf dem Viehmärkte entwickelte sich ein lebhaftes Treiben; es waren über 300 Rinder zum Verkauf gestellt, nach Milchkühen war große Nachfrage vorhanden; für dieselben wurden 200 bis 300 Mk. pro Stück gezahlt. Das Pferdematerial war nur von geringer Qualität und die Preise mäßig, im Durchschnitt 100 bis 200 Mk. pro Stück. Trotz der milden Witterung war der Gänsemarkt sehr gut besetzt (über 1000 Stück) und wurde, da viel auswärtige Händler da waren, mit den besserem Gänzen schon in den ersten Morgenstunden vollständig geräumt. Es wurden 55–60 Pf. pro Pfund bezahlt. — Am gestrigen Tage vergnügten sich die Arbeiter Molke in Schmiedau, als die Pferde mit dem von ihm geführten Fuhrwerk durchgingen. Er fuhr dabei vom Wagen, wurde überfahren und derartig verletzt, daß alsbald sein Tod eintrat. — Vor einem Lizenzen fand man in Abbau Domnau einen eisernen Topf mit Silbermünzen aus dem 16. Jahrhundert.

* [Carthaus. 10. Nov.] In Schönberg fand gestern Nachmittag nach beendigter Kontrollversammlung unter einer erheblichen Anzahl Ressorten eine große Schlagerfeier statt, bei welcher der Eigentümer Kaffeehaus aus Sorenien einen so heftigen Schlag gegen die Schläge erhält, daß er auf der Stelle verstarb. Drei an der Schlägerei beteiligte Beamte, Gustav Muhlfeld aus Ronin, Emil Alamer und Leopold Scheel aus Schönberg, wurden verhaftet und in das hiesige Amtsgericht eingeliefert.

* [Marienburg. 10. Nov.] Gleich Stück Rindvieh sind durch ein Brüchen dem Pfarrhufenpächter Lichtenstein in Willen bei Marienburg umgekommen. Man wollte dem Vieh Arzneiulter geben, tat aber Chilipeter in den Trog. Die Folge davon war, daß alle Thiere, die davon getroffen waren, eingingen.

* [Schönsee. 8. Nov.] Zu der heutigen Bunde der Landwirthe hielten sich anberaumten Versammlung, in welcher ein Herr Richter Reden sollte, waren nur drei Herren erschienen. Ein Vortrag wurde daher nicht gehalten.

* [Königsberg. 11. November.] Auf der Hasenjagd wurde gestern der Meiereiverwalter Doerr-Godrich durch Gutsbesitzer Housknecht-Eisseln auf dem Feldmark Düringswalde ertrunken.

* [Transit 8. Nov.] [Vergiftung durch Schierling.] Die Frau des Arbeiters S. aus R. war dieser Tage mit der Zubereitung des Mittagessens beschäftigt, ihre im 12. Lebensjahr stehende Tochter mußte aus dem Garten die schlafende Petersilie holen, welche dann auch schleunigst verwendet wurde. Bald darauf wurde das Essen eingenommen. Nach kurzer Zeit erkrankten sämliche Mitglieder der Familie derartig, daß die erschrockten Nachbarn glaubten, der böse Gast, die „Cholera“, sei eingekrochen. Der Gutsbesitzer wurde benachrichtigt und ließ sofort den Arzt holen. Dieser constatierte eine Vergiftung durch Schierling, welches gefährliche Giftkraut er noch in den Speisezettel vorfand. Dem glücklichen Umstand, daß nur ein geringes Quantum des Schierlings in die Speisen hineingekommen ist, hat die Familie das Leben zu verdanken. Dem energischen Einschreiten des Arztes gelang es, Mann und Frau sowie zwei Kinder wieder auf die Beine zu bringen, während ein Kind noch an den Folgen der Vergiftung darunter liegt.

Vermischtes.

Berlin, 11. November. Wie der „Lokal-Anzeiger“ berichtet, ist gestern Abend ein weiterer Goldfund auf dem Jerusalem-Kirchhof zu Berlin gemacht worden. Er besteht aus zwei mit dem Stempel der deutschen Bank versehenen Rollen zu 500 Mark.

Lübeck, 11. November. Gestern Abend ein sehr starkes Erdbeben verspürt. Die Bewohner flüchteten auf die Straßen und Plätze.

Wien, 9. Nov. Gestern ist in Wien ein Cavallerieoffizier verhaftet worden, der in der letzten Woche bei verschiedenen Juwelieren Diebstähle verübt haben soll.

Standesamt vom 10. November.

Geburten: Tapezier und Decorateur Johannes Graf, L. — Bureau-Assistent Adalbert Gorsch, L. — Buchbinder Albert Arndt, G. — Arbeiter Ferdinand Schulz, G. — Schuhmachergeselle Carl Fiebranz, L. — Monteur Robert Hesse, G. — Grenaufzähler Anton Peter, G. — Mälzergeselle Bernhard Umrath, G. — Seefahrer Johann Grzenkowski, G. — Autischer Marian Bielowski, I. G., L. — Arbeiter Gustav Tessner, L. — Schuhmachergeselle Gustav Lehre, L.

Aufgebote: Régisseur-Affessor Bernhard Johannes Franz Conrad Wöpke zu Ainsberg und Ingelborg

Lucke Christine Hansen zu Hamburg. — Böckermeister Otto Eduard Hildebrand hier und Emilie Johanna Neumann geb. Führer zu Insterburg. — Böckermeister Otto Ehm und Bertha Heinrichs zu Sosse. — Arbeiter Michael Ernst Kindel und Auguste Julianne Graf zu Grebendorf. — Arbeiter Emil Ernst Winter und Pauline Stadel zu Gr. Ballowen. — Büchsenmacher und Metallarbeiter Johannes Eduard Gehlaff zu Berlin und Bertha Johanna Wagner hier. — Ritterbaurat Dr. phil. Christian Karl Heinrich Wolff zu Niendorfer und Laura Louise Wienhofer hier.

Hochzeiten: Feldwebel im Grenz-Regiment König Friedrich I. Gottlieb Cieplius und Hedwig Hoffmann. Privatpost-Direktor Peter Foltz und Marie Höoe. — Schmiedegeßelle Julius Lange und Johanna Gurowski. — Holzarbeiter Friedrich Burke und Rosalie Herrmann, geb. Dora Schickewitz. — Arbeiter Carl Willrich und Mathilde Gellke. — Arbeiter Jonathan Schacht und Julianne Sellinski, geb. Lubotzki. — Sämlich hier.

Todesfälle: Rentier Friedrich Wilhelm Brochsch. 76 J. 7

Bekanntmachung.

Das hierelbst unter der Firma R. Rupinski betriebene Handelsgeschäft ist Grund-Erbanges-Destament vom 8./20. Mai 1899 und Publikationsverhandlung vom 28. Juli 1899 auf die vermittelte Frau Kaufmann Henriette Rupinski, geb. Thielohn, hierelbst übergegangen und wird von ihr unter der bisherigen Firma weiter geführt. Aufgabe Verfügung vom 20. Oktober 1899 ist am 22. Oktober 1899 vorliegendes bei der Firma R. Rupinski Nr. 49 des Firmenreisters vermerkt, und ist gleich unter Nr. 60 des Registers die Firma R. Rupinski — Inhaber die vermittelte Frau Kaufmann Henriette Rupinski, geb. Thielohn, in Lautenburg — mit dem Siche in Lautenburg neu eingetragen worden.

Lautenburg, den 20. Oktober 1899.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Aufgabe Verfügung vom 20. Oktober 1899 ist am 22. Oktober 1899 in unser Prokureurenregister unter Nr. 5 eingetragen, daß die vermittelte Frau Kaufmann Henriette Rupinski, geb. Thielohn, zu Lautenburg als Inhaber der daselbst unter der Firma R. Rupinski bestehenden handelsbedienstung (Firmen-Register Nr. 80) den Kaufmann Louis Rupinski zu Lautenburg ermächtigt hat, die vorbenannte Firma pro curia zu rechnen.

Lautenburg, den 20. Oktober 1899.
Königliches Amtsgericht.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Danzig, Vorstadt St. Albrecht, Band VII, Blatt 104 B, auf den Namen der Tischler Friedrich Wilhelm und Martha, geb. Schulz-Gerschel eingetragene, zu Danzig, St. Albrecht befindende Grundstück

am 8. Januar 1900, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfeffer-Hof-Zimmer 42 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1,24 Hektar Reinertrag und einer Fläche von 0,1030 Hektar zur Grundsteuer, mit 240 M. Nutzungsvermögen zur Gebäudessteuer veranlagt. Die nicht von selbst auf den Ersteller übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Hebungen, sind bis zur Auftforderung zum Bieten anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Beflags wird am selben Tage, Mittags 12½ Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden.

Danzig, den 6. November 1899.
Königliches Amtsgericht. Abtheil. II.

Verdingung.

Am Montag, den 13. November 1899, Vormittags 11 Uhr, verkauft die unterzeichnete Artilleriewerkstatt in öffentlicher Verdingung ungefähr:

1600 kg Blanklederabfall,
80 " Fettgarnelenabfall,
120 " Maschinenteileabfall,
300 " Räten und Branschlederabfall,
550 " Krauslederabfall,
2 bezw. 1 kg Gämischgar-bezw. Transparentlederabfall,
950 kg Spaltlederabfall,
370 " Bronceabfall,
230 " Broncepähne,
25 " Aufserabfall,
12 " Aufserpähne,
320 " Messingabfall,
1,5 " Messingähnlichkeit,
10 " Bleiabfall,
70 " Zinkbleiabfall,
10 " Borstenabfall,
220 " Leinwand- und Segeltuchabfall,
80 " altes Tau- und Strickwerk,
100 " Korkharpetabfall.

(13335)

Bekanntmachung.

An der hiesigen evangelischen Hauptkirche zu St. Marien ist die Kantorstelle zu besetzen. Das Einkommen der Stelle beträgt einschließlich 740 Mk. Stolgebühren nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre, 1359 Mk. nebst freier Wohnung im Kantorhaus, bestehend aus 5 Zimmern nebst Zubehör.

Dem Inhaber der Kantorstelle wird auch die Ertheilung des Besangsunterrichts an der städtischen Ober-Realschule gegen eine jährliche Remuneration von 450 Mk. voraussichtlich übertragen werden.

Der Männergesangverein „Elbinger Liebertasfel“ ist geneigt, dem zu wählenden Kantor die vakante Dirigentenstelle mit einem Einkommen von ca. 900 Mk. pro Jahr zu übertragen.

Dualistische Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines kurzen Lebenslaufes bis zum 15. Dezember bei dem unterzeichneten Magistrat melden.

Elbing, den 10. November 1899.
Der Magistrat.

Deffentliche Vergabe von Betriebsmaterialien und zwar: 9000 m Bandborte, 100 Stück Dichte in Schlauchform, 30 kg Tafendohle, 3780 Duhnen Lampenclinder, 8 Duhnen Lampenglocken, 10 000 kg Holzkohlen, 5000 Stück Wasserstandsaläder, etwa 500 000 Stück Plomben, 18 000 Stück Reißerläder, 2000 m Bremsleinen, 3000 m Zugseilen, 600 kg Hanf, 1000 Stück Fächerl und 1800 kg Bindfaden.

Termin zur Einreichung und Offnung der Angebote am 7. Dezember 1899, Vormittags 11 Uhr, in unserem Geschäftsbüro. Angebote müssen bis zu diesem Termine mit der Aufschrift: „Angebot auf Lieferung von Betriebsmaterialien“ und der Adresse: „Königliche Eisenbahn-Direction Danzig“ verschlossen kostenfrei eingelegt sein. Angebotsbogen und Bedingungen können in unserem Rechnungsbureau eingesehen, auch von hier gegen postl. und bestellbarer Einladung von 0,50 M. pro Bogen (nicht in Briefmarken) bezogen werden. Zulagsfrist 4 Wochen.

Danzig, den 7. November 1899. Königliche Eisenbahn-Direction.

Concursversfahren.

Über das Vermögen der verheilichten Schmiede- und Schlossermeisterfrau Eva Vollmann, geb. Küngel, zu Culm wird heute am 8. November 1899, Vormittags 10 Uhr,

das Concursversfahren eröffnet, da die Gemeindegutsberin ihre Zahlungsunfähigkeit und ihre in letzter Zeit eingetretene Zahlungseinstellung dargethan hat.

Der Rechtsanwalt Knorr in Culm wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 11. Dezember 1899 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beischlussfassung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Fällen über die im § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände auf den

4. Dezember 1899, Vormittags 11 Uhr,

Zimmer Nr. 11, und zur Beurteilung der angemeldeten Forderungen auf den

21. Dezember 1899, Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 11. Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindeschulden zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 28. Dezember 1899 Anzeige zu machen.

Culm, den 8. November 1899.

Königliches Amtsgericht.

Unser von keinem Präparat übertroffenes

Dr. C. Scheibler's Mundwasser

bereitet aus ol.-freier essigsaurer Thonerde nach Vorschiff des Geh. Sanitätsrath Prof. Dr. Bureau, hat sich durch langjährige Erfahrung nach dem übereinstimmenden Urtheil vieler ärztlicher Autoritäten als bestes Mund- und Zahneinigungsmittel bewährt. Daselbe erhält die weisse Farbe der Zähne, ohne die Emaille anzugreifen, und entfernt jeden übeln Geruch aus dem Munde.

Preis 1/4 Flasche M. 1,00, 1/2 Flasche M. 0,50.

Prospectus über Dr. C. Scheibler's Mundwasser mit zahlreich. ärztlichen Attesten gratis und franco.

Alleinige Fabrikanten

W. Neudorff & Co., Königsberg i. Pr.

Niederlagen in Danzig: Alb. Neumann; Apoth. H. Lietzau; Apoth. R. Scheller; Apoth. H. Knochenhauer; Apoth. E. Lewinson; Apoth. O. Görs; R. Paetzold Nachf.; Carl Lindenberg; Ch. Richter; Carl Seydel; C. v. d. Lippe Nachf.; P. Eisenack; Dr. Schuster & Koehler; in Dt. Krone: O. Pfeiffer in Dirschau; Apoth. O. Mensing; in Graudenz: F. Kyser; P. Schimacher; in Konitz: Apoth. E. W. Schultz; in Marienburg: Apoth. W. Lachwitz; Apoth. A. Jacoby; J. Lück Noen; in Neustadt: H. Brandenburg; A. Ziemiens; in Thorn: H. Claass; in Alt-Kischian, Dr. Bylan; Elbing; Langfuhr; Marienwerder; Pr. Stargard; Stathof u. Zoppot; in den Apotheken,

Zieh-Harmonika mit Zitter-Apparat

Neu!



Nur 5 Mark.

Neu!

Dieses Instrument ist einzig geartig auf diesem Gebiete. Mittels dieses Apparates der mit Nr. D. R. G. M. Nr. 118 674 von Kaiser. Patentamt erteilt ist, kann man die Wucht durch Aufziehen eines breiter Registerebene befreien und somit leichter und Zittern bringen, ähnlich wie bei italienischen Orgeln. Es ist eines interessanter, wertvoller angestrichener Harfenfassung, wodurch Spielder und Zuhörer sehr überzeugt werden. Der Apparat des Stimmen ist eine leicht, ganz glockig, 3 alte Register (wie Abbildung D. R. G. M. Nr. 47 442 40) vierzehn Stimmen 2 1/2 utra- bilden, 3 Register (wie Abbildung offene Kasten-Schlüssel mit kleinen Rädchen umlegt, eleganten Rädchenablagen, mit Metall eingefüllten Balgloch und 2 1/2 utra- Register, großer, ansehnliches solides Konzert-Apparat. Beurteilt sehr gut. Preis 2 1/2 Mark. Neu! Sonder-Schleiferstube gratis. Durch den großen Platzraum ist es nur möglich, für 5 Mark solch wunderbar herausragende Instrumente zu vinden. Keine Konkurrenz ist im Staande, diese Harmonika mit reinem Zitter-Klang und Zitter-Vibrato ist die einzige 2 1/2 utra- Zitter-Harmonika in einer ganz ausführlichen Ausführung.

Sonstiges Instrumente zu finden. Keine Konkurrenz ist im Staande, diese Harmonika mit reinem Zitter-Klang und Zitter-Vibrato ist die einzige 2 1/2 utra- Zitter-Harmonika in einer ganz ausführlichen Ausführung.

Neu! 3 alte Register Kontrabasse nur 6 Mark. 3 1/2 utra- Zitter-Harmonika, aus Tautau-Harmonika und 3 alte Register Kontrabass, nur 4,25 Mark.

und 3 alte Register Kontrabass, nur 4,25 Mark.

Beilage zu Nr. 267 des „Danziger Courier“.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Sonntag, 12. November 1899.

Stanislaus Leszczynski.

Im westpreußischen Geschichtsverein hielt, wie schon gemeldet, in voriger Woche in der Aula des städtischen Gymnasiums Herr Gymnasiallehrer Dr. Simson einen Vortrag über „Stanislaus Leszczynski, König von Polen, Herzog von Lothringen“. Der Vortragende leitete seine interessanten Ausführungen mit einem Hinweis auf die Danziger Belagerungen von 1734, 1807 und 1813 ein, wobei er hervorhob, daß die Belagerung von 1734 fast völlig aus dem Gedächtnis des Volkes verschwunden sei. Nicht selten habe er sogar die Erfahrung gemacht, daß sonst recht hoch gebildete Bewohner unserer Stadt keine Ahnung davon hätten, daß damals Danzig eine äußerst schwere Einschließung durch die Russen und Sachsen über sich ergehen lassen mußte, bei der die Franzosen vergeblich eine Entzehrung versuchten und die dann mit einer Capitulation endete. Ein besonderes Interesse hätten diese Kämpfe infolfern, als innerhalb der Mauern der belagerten Stadt Danzig damals als Gastfreund derselben der Schwiegervater König Ludwigs XV. von Frankreich, der Polenkönig Stanislaus I. Leszczynski, sich befand, um dessentwillen der erbitterte Kampf eigentlich entbrannte war. Dieser Herrscher sei nach seiner, des Redners, Ansicht einer der merkwürdigsten Männer des an eignethümlichen Erscheinungen so reichen 18. Jahrhunderts. Die wunderbaren Schicksale Stanislaus Leszczynskis hätten es bewirkt, daß schon zu seinen Lebzeiten eine große Literatur entstand, die sich mit ihm beschäftigte. Bereits 1736 sei eine Biographie von ihm erschienen, der dann noch bis zu seinem Tode im Jahre 1766 mehrere andere folgten; doch zeichneten sich die zeitgenössischen Darstellungen fast alle durch eine gewaltsame Ueberschätzung der Anlagen und des Charakters des Mannes aus. Diese Ueberschätzung sei von der neuesten Forschung zurückgewichen worden und die Vorzüge des Königs auf ihr richtiges Maß zurückgeführt. Schon aus seiner ganzen Geschichte ergäbe sich, daß er keine Herrschnatur war, daß sein Charakter an großer Schwäche litt, daß er Zielbereitschaft niemals recht gekannt hat. Was aber vor allem der historische Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt habe, das seien seine Schicksale, die seinem Leben fast den Charakter eines Abenteuerromans geben. Geboren am 20. Oktober 1677 als Sohn einer der vornehmsten polnischen Familien, deren Stammbaum nach Böhmen zurückweist, erhielt er eine sehr sorgfältige Erziehung und zeigte früh Geschmack an wissenschaftlichen Studien. Als Jungling machte er die damals übliche große europäische Tour, die ihn über Wien nach Italien und von dort nach Frankreich führte. Nach dem Tode Johann Sobieskis kehrte er nach Polen zurück und trat, noch nicht 20 Jahre alt, bereits in die Politik ein. Er wurde bald Starost von Opolowic und kam als Landbote in den Reichstag. Nach dem Ausbruch des großen nordischen Krieges im Jahre 1700 und dem siegreichen Einzuge Karls XII. in Polen begann die bedeu'same Wendung in Leszczynskis Schicksal. Unter Karls zwingendem Einfluß wählte ihn am 12. Juli 1704 die Warschauer Konföderation, nachdem sie die Absehung August II. ausgesprochen hatte. Doch kam Leszczynski zu keiner ruhigen Regierung. Macht hatte er in Polen keine, er war nur ein Titularkönig, ein Gesäß von Gnaden des Schwedenkönigs. Nach der unglücklichen Schlacht von Poltawa mußte er aus Polen flüchten und August blieb König. Von Stettin aus, wo er fast zwei Jahre lang ein stills Leben führte, begab er sich, als Karls Feinde auch in Pommern einstießen, nach Stockholm. Doch auch dort hatte er keine Ruhe. Schon im September 1712 machte er sich auf die weite Reise nach der Türkei, wo sein Beschützer sah. Dieser aber war, weil ihm das Glück hier

nicht hold war, schon im Begriffe, auf den Kriegsschauplatz nach Pommern abzugehen. In Folge dessen verließ auch Stanislaus Leszczynski Bender und kehrte sich durch Ungarn und Süddeutschland nach Zweibrücken, das bekanntlich dem Schwedenkönig gehörte und ihm von diesem als vorläufiger Aufenthaltsort angeboten war. Dort traf ihn im November 1718 wie ein Donnerschlag die Nachricht vom Tode Karls XII. So war Leszczynski nicht nur aus der Liste der regierenden Fürsten gestrichen, sondern er war substanziell geworden.

Anfang März 1719 nahm er mit Erlaubniß der französischen Regierung seinen Wohnsitz in Weissenburg im Elsaß. Dort schien wieder sein Stern aufzugehen, als nach einigen Jahren durch ein feingesponnenes Intriguenspiel es gelungen war, seine Tochter Maria als Gattin König Ludwig XV. zuzuführen. Die Hochzeit fand am 15. August 1725 in Straßburg statt. Der Herzog von Orleans vertrat dabei den Bräutigam. Deut wurden die Verhältnisse in Polen wieder fest ins Auge gefaßt, es wurde versucht, für Leszczynski eine Partei in Frankreich zu bilden. Man entsloß sich, größere Summen zu opfern, ohne die in Polen nie etwas auszurichten war. Die Persönlichkeit, der die Agitationsaufgabe für Leszczynski in Polen zufiel, war der Marquis von Monti, der 1729 als französischer Gesandter nach Polen ging.

Am 1. Februar trat der lange erwartete Tod August II. ein.

Alles sollte jetzt von Frankreich aus ins Werk gesetzt werden. König Ludwig XV. war entzückt davon, seinen Schwiegervater auf den polnischen Thron holen zu können; er brannte vor Ungeduld. Während geöffnetlich in der Öffentlichkeit verbreitet wurde, daß er von Brest mit einer französischen Flotte sich nach Danzig begabe werde, reiste er in aller Heimlichkeit verkleidet auf dem Landweg nach Polen. Und in der That war er zum zweiten Male nach fast 30 Jahren zur Krone gelangt. In Frankreich war der Jubel groß. Aber die ganze Königs-herrlichkeit sollte diesmal noch weniger Bestand haben, als das erste Mal. Bald mußte Leszczynski an die Flucht denken: sein Gegner Friedrich August, unterstützt von Russland und Sachsen, war ihm auf den Fersen. Wo sollte er hin? Da bot sich seinem ängstlich suchenden Geist Danzig als einziger Zufluchtsort dar. Schon am 22. September machte er sich auf den Weg und kam am 2. Oktober glücklich in der mächtigen Seestadt an. Danzig hatte sich von vornherein für Leszczynski erklart und war jetzt entschlossen, ihm Gastfreundschaft und Schutz zu gewähren. Stanislaus selber, dieser unverdorrbare Optimist, stand der Situation sehr rubig gegenüber. Redner schilderte nun mehr eingehend die Belagerung Danzigs durch die russischen und sächsischen Truppen und hob hervor, daß die Schuld an dem schrecklichen Falle Danzigs nur das Ausbleiben der französischen Flotte trug. Ueber die eigentlichen Kämpfe um Danzig erwähnte der Herr Redner noch folgende Einzelheiten: In der Nacht vom 24. zum 25. Februar führten die Russen das Manöver aus, das schon häufig in Anwendung gebracht worden war: sie leiteten die Radaune bei St. Albrecht ab und zwangen dadurch die große Mühle zum Stillstand. Das daraus folgende Bombardement richtete entschädige Verheerungen in der Stadt an. Einen Hauptschlag führten die Russen unter Münnich am 9. Mai gegen die Besatzung des Hagelsberges aus, wurden jedoch nach einem Verlust von ca. 4000 Mann zurückgeworfen. Von diesem durchbaren Gefecht her heißt die Höhe des Hagelsberges noch heute das „Russische Grab“. Dieser Erfolg der Danziger war jedoch nur vorübergehend; die Belagerung blieb im Nachtheil gegenüber der Übermacht der Belagerer. In seiner Not blieb Danzig trost der schönen Versprechungen Frankreichs.

Lage, als Ernst haupt um ihre Hand geworben hatte.

Gie schwieg unter Sophies forschendem Blick. Eine Stille trat ein. Und in diese lautlose Stille hinein hörten sie das Schließen und Anrappen einer Thür und harte, feste Tritte im Nebenzimmer.

„Ihr Mann?“ fragte Sophie.

Räthe nickte. Mit Schrecken bemerkte Sophie, daß sie todtenblau geworden war und am ganzen Leibe zu zittern begann.

„Was habe Gie, um Gotteswillen?“ rief Sophie in ihrer lauten lebhaften Art.

Und während Räthe mit bleichen, zuckenden Lippen versicherte, daß es gar nichts sei, lachten beide unwillkürlich. Die Schritte, die in der Nähe der Thür halt gemacht hatten, entfernten sich langsam wieder. Die Außentür wurde geöffnet, der Schlüssel herumgedreht, sie waren wieder allein.

Und nun warf Räthe die Arme um Sophiens Nacken und verbarg das Gesicht an ihrer Schulter. Ihre eisigen Hände, das trockene Schlucken, das sie von Zeit zu Zeit durchtrüttelte, die Frostschauer, die heiße Stirn sprachen deutlicher als Worte.

Sophie war nicht im mindesten überrascht. Ihre Mutter und Gusti hielten ihr die Haupt'sche Tragödie, ausgegeschmückt mit dem sinnlosen Alatä, längst brieslich mitgetheilt. Und doch, bei diesem Zeichen des Erschreckens, das sie eben selbst miterlebt hatte, bei diesem erschütternden summen Schmerzensausbruch sagte sie sich, daß sie sich die Sache kaum so schlimm gedacht hätte.

„Warum ist nur Ihr Mann vor mir davongelaufen?“ fragte sie verwundert.

„Ach Sophie, er ist so ein unglücklicher Mensch!“ rief Räthe. „So ganz verbittert und verwundet, daß er in jedem Feind sieht.“

„Mein Gott, aber so ein harmloses Frauenvimmer wie ich! –“

„Sie haben Beziehungen zu dem Ministerial-director.“

„Ah!“ machte Sophie verständnisvoll.

„Ihre Mutter hat sich manchmal mit ihrem Einfluß großgethan. Und da bildet er sich vielleicht ein, Sie könnten ihm geschadet haben.“

Sophie schüttelte den Kopf. „Nein, Räthe. Ich nicht.“

Endlich kam eine kleine Flotte von drei Schiffen in Sicht, die aber mangelhaft ausgerüstet war.

Die Mannschaft bezog ein Lager auf der Westerplatte, kehrte bald wieder unverrichteter Sache den Hafen. Die Lage in Danzig wurde immer trauriger, und man entschloß sich am 22. Mai zu einem kurzen Waffenstillstand. Während dessen kehrten die Franzosen, jetzt etwas verstärkt, zurück; doch wurden dieselben am 27. Mai bei dem Sturm auf Welschelmünde von den Russen in die Flucht geschlagen und hielten sich noch bis zum 24. Juni in ihren Verschanzungen auf der Westerplatte, worauf sie, 1800 Mann, kapitulierten und in russische Kriegsgefangenschaft gerieten. — Leszczynski war verzweifelt und entsloß sich zur Flucht: am Abend des 27. Juni verswand der Polenkönig aus der belagerten Stadt über den Langgarter Wall. Danzig ergab sich und am 8. Juli wurde die förmliche Capitulation unterzeichnet. An die Russen sollte die Stadt 1 000 000 Thaler, an den König August, den sie anerkennen mußte, 80 000 fl. zahlen. — Inzwischen hatte sich Leszczynski in Sicherheit gebracht, indem er am 4. Juli in Marienwerder preußisches Gebiet erreichte. Friedrich Wilhelm I. hatte keinen Grund, den Flüchtling seinen Feinden auszuliefern, und so entsloß er sich dazu, ihm ein Asyl im Königsberger Schloss und ein Monatsgehalt von 300 Thalern zu gewähren. Dort hatte er Gelegenheit, mit dem preußischen Kronprinzen, dem späteren Könige Friedrich dem Großen, zusammenzukommen. Leszczynskis Hauptbeschäftigung bildete in Königsberg die Correspondenz mit seiner Tochter, der Königin von Frankreich, und seiner ebenfalls in Frankreich lebenden Gemahlin. Außerdem knüpfte er mit allen maßgebenden europäischen Mächten Verhandlungen an, die auch tatsächlich zum Ziele führten, dem Wiener Präliminarfrieden vom 3. Oktober 1735 zwischen Frankreich und dem Kaiser. Danach sollte bekanntlich Stanislaus Leszczynski zwar den Königstitel behalten, aber auf Polen verzichten. Entschädigt sollte er dafür durch das Herzogthum Lothringen werden, das nach seinem Tode an Frankreich fallen würde. Am 27. Januar 1736 unterzeichnete Stanislaus in Königsberg die Abdankungsurkunde im dritten Jahre seiner Regierung, die eigentlich keine Regierung gewesen war. Am 5. Mai reiste er von Königsberg ab, um Preußen und Polen nicht wieder zu betreten. Dafür verschwindet er auch für die Geschichte des Ostens; aber die Rolle, die er in seiner neuen Heimat in den dreißig Jahren, die ihm noch bezeichnet waren, spielen sollte, war ebenfalls sehr bescheiden. Am 4. Juni traf er in Meudon, einem königlichen Lustschloß bei Paris, ein. Schon jetzt wollte Frankreich sich Lothringen bemächtigen, das ihm eigentlich erst nach Leszczynskis Tode zufallen sollte. Er war machtlos und ganz in die Hand Frankreichs gegeben. So mußte er sich am 30. September zu der Declaration von Meudon verstellen. Diese bestimmt u. a., daß Ludwig XV. sich in den Besitz des Herzogthums lehnen sollte. Zu seinem Lebensunterhalte bekam Leszczynski eine jährliche Rente von 1 500 000 Francs. Durch den Vertrag hatte er sich zu einem willkürlichen Werkzeug, zu einer Puppe in den Händen Frankreichs erniedrigt. Seinen ferneren dauernden Wohnsitz nahm der „Titularherzog“ in Lunville. Immer noch hatte er Hoffnung auf den polnischen Thron. Da wurde am 9. September 1764 Stanislaus Poniatowski zum König von Polen gewählt, der bestimmt war, als Letzter die Krone dieses Landes zu tragen. Diese Nachricht halte Leszczynski noch länger als ein Jahr überlebt; endlich raffte ihn am 23. Februar 1766 im 89. Lebensjahr ein Unfall dahin: er verbrannte sich an einem Kaminfeuer und starb an der Wunde.

So fand dieser ruhelose Mann im hohen Greisenalter sein Ende auf fremder Erde.

während sein Blick bis zu Lebzeiten auf sein Heimatland gerichtet war.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 11. November.

* [Hebung der Industrie im Osten.] Eine Eingabe, welche der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein betreffend die Gründung neuer Industrien in den nordöstlichen Provinzen Preußens an das Staatsministerium abgesandt hat, gipfelt in drei Bitten. Einmal wird das Staatsministerium ersucht, bei Erörterung der Frage, welche Industrien in Nordost-Deutschland neu einzuführen sind, vor allem auch die Frage der Einführung von Nicht-Eisen-Industrien, als zur Beschäftigung zahlreicher leicht anzulernender Arbeiter besonders zweckmäßig, in Erwägung zu ziehen, sodann bei Einführung von Eisenindustrie-Zweigen unter keinen Umständen die Einführung von Eisenhüttenbetrieben zu fördern und zu unterstützen, sondern ausschließlich die Gründung von Eisen-Bearbeitungs- und Veredelungs-Betrieben in Anlehnung an die im Osten bereits bestehende und leistungsfähige Hüttenindustrie Oberschlesiens und drittens über die Ergreifung der hierzu erforderlichen zweckmäßigsten Maßnahmen auch Vertreter der für Ostdeutschland vor allem in Betracht kommenden oberschlesischen Eisen-Industrie gutachthlich zu hören.

* [Die Einkommensteuer des Regierungsbezirks Danzig.] Die Veranlagungen zur Einkommensteuer gewinnen von Jahr zu Jahr höhere politische Bedeutung, weil sie über die Vertheilung des Einkommens und des Vermögens in der Bevölkerung je länger je mehr ein immer zutreffenderes Bild geben. Die vergleichende Übersicht der Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung für die Jahre 1897/98 und 1898/99, welche im Finanzministerium gefertigt und von denselben vor einiger Zeit dem Abgeordnetenhaus zugestellt worden ist, gibt in dieser Beziehung den neuesten amtlichen Überblick. Im allgemeinen werden lange Zahlenreihen, wie sie die gedachte Überzahl bietet, erstaunungsgemäß nicht gern gelesen. Aus dem umfangreichen Material aber einige unserer Regierungsbezirk Danzig betreffende Hauptziffern vorzuführen, wird dem Steuerzahler um so mehr von Interesse und Werth sein, als ihm doch unbedingt davon gelegen sein muß, einen Blick in diese Verhältnisse zu thun, in denen es sich um seine eigenen Angelegenheiten handelt.

Die Bevölkerung unseres Bezirks zählte bei der Volkszählung am 2. Dezember 1895 zusammen 618 090 Personen, davon 225 469 in den Städten und 392 621 auf dem Lande, bei der zum Zwecke der Steuerveranlagung für 1898/99 vorgenommenen Personenstands-aufnahme aber 625 580 Personen, davon 231 297 in den Städten und 394 283 auf dem Lande. Davon unterliegen 6 Personen (6 bzw. 0) als Ausländer und weiter 498 320 Personen (166 436 bzw. 331 884) bezahlt der Einkommensteuer nicht, weil ihr steuerpflichtiges Einkommen den Betrag von 900 Mk. nicht überschreitet. Ferner 2051 Personen (830 bzw. 1221), welche gemäß der §§ 18 und 19 des Einkommensteuergesetzes festgestellt sind, und schließlich 92 752 Personen (44 443 bzw. 48 309) als nicht steuerpflichtige Angehörige u. s. w. der hiernach verbliebenen Steuerpflichtigen.

Als tatsächlich zur Einkommensteuer veranlagt verblieben somit 32 451 Personen, und zwar 19 582 in den Städten und 12 869 auf dem Lande. Das sind 5.19 Proc. der Bevölkerung bei der Personenstands-aufnahme, und zwar 8.47 Proc. derselben in den Städten und 3.26 Proc. derselben auf dem Lande. Im Gesamtstaate betragen diese Ziffern 8.99 beim 12.97 und 6.3 Proc. Unser Bezirk bleibt mit seinen Ergebnissen hinter den Prozentziffern des Staats mithin nicht unwe sentlich zurück, wobei aber allerdings die Städte noch etwas günstiger stehen, als das Land.

Neben diesen sogenannten physischen Personen stehen als willkommene Gegenstand der neuen Steuer-Gefiegebung die nicht-physischen Personen, also die Aktien- und Actien-Commandit-sellschaften, die Berg-

„Geliebt?“ sagte Sophie gedankenvoll. „Und darum heiratheten Gie einen fremden Mann?“ „Ah, Sophie, ich hoffte, wir würden uns verstehen lernen.“

„Wenn das nicht vorher geschieht, Räthe, in der Ehe ist's gewöhnlich zu spät.“

„Ja, jetzt weiß ich das auch“, sagte Räthe schmerzlich. „Damals dacht' ich: er liebt dich so unbeschreiblich. Das Verständniß muß ja kommen.“

„Liebe ist ja Verstehen, Räthe. Die beiden Menschen müssen an einander glauben wie an den lieben Gott. Wenn ich mit jemand einen Bund für's Leben mache, so muß ich ihn trauen können, wie mir selber. Denken Sie sich's, daß zwei Männer, oder auch zwei Frauen, die sich bloß ein paar Mal gesehen haben, nun hingehen werden und sich unauflöslich zusammenbinden lassen durch alle Gewalt'n, die Staat und Kirche besitzen?“

Räthe schüttelte den Kopf. „Unbegreiflich. Sophie! Wie hab' ich meinen Leidenskind büßen müssen!“

„Noch dazu“, fuhr Sophie mit ihrem klugen Lächeln fort, „unter der Bedingung, daß einem der beiden alle Rechte aufallen und dem anderen bloß Pflichten? Dass der eine der unumstrittene Herr ist über den anderen, über sein Vermögen, seine Arbeitskraft, sein Thun und Denken, alles was er hervorbringt, leiblich und geistig?“

„Mein Gott, mein Gott!“ murmelte Räthe, die Hände im Schoße ineinanderkrampfend. „Also das ist's! Das!“

„Das Buch — wie ich mir habe sagen lassen — hat zuerst verblüfft, geblendet durch allerhand kühne Behauptungen. Obgleich sich sofort gewichlige Stimmen dagegen erhoben —“ Und Sophie redete herzlich und theilnehmend weiter. Es jammerte sie, daß Räthe so still und niedergedrückt dastak und gar nicht wegzukommen schien über das Gehörte.

„Wenn das nicht wäre, Sophie“, seufzte sie endlich, „glauben Sie nicht, daß auch ich, wie so viele andere, eine zufriedene, glückliche Frau hätte werden können?“

„Nein, Räthe, das glaube ich, offen gestanden, nicht.“

„Ja“, murmelte Räthe, mit zusammengezogenen Brauen vor sich hinstarrend. „Sie wollten mich damals warnen. Aber ich — wollte nicht gewarnt sein. Ach! Einmal wollt ich doch wissen, wie es thut, wenn man geliebt wird!“

Nur nüchtern und ohne die bekannte rosige Brille, liebe Räthe.“

„Aber die Ehe, Sophie! Eine gute, richtige Ehe! Wenn zwei Menschen eins werden, da giebt's doch eben kein Mein und Dein, kein Berechnen und Abwägen!“

„Wenn sie eins werden, das ist's ja eben. Dahn wollt ich Sie haben. Wo finden Sie zwei so Eins geworden? Suchen Sie! Nennen Sie mir ein paar!“

Räthe schüttelte den Kopf. „Ich dachte an Rüttels.“

„Sie brauchen nicht weit zu gehen“, lächelte sie und erzählte von den Freunden.

(Forts. folgt.)

gewerkschaften, eingetragenen Genossenschaften und Konsumvereine. Hinsichtlich dieser Art von Steuerpflichtigen hat die Statistik eine Scheidung nach Stadt und Land bis jetzt noch nicht beliebt. In unserem Bezirk waren im Jahre 1898/99 deren 22 vorhanden mit einem eingeschätzten Aktienkapitale bzw. einer Summe der Geschäftsantheile oder des Grundkapitals von 42 606 400 Mk.

Was nun die Höhe des für die Steuerveranlagung für 1898/99 in Betracht gesogenen Gesammt-Einkommens anbelangt, so stellt sich das leichtere für die physischen Personen in unserem Bezirk auf 77 135 996 Mark (über 1,14 Proc. der Staatssumme von 6 774 937 508 Mk.) wovon 52 575 425 Mk. (1,11 Proc. der Staatssumme für die Städte) auf die Städte und 24 560 571 Mk. (1,20 Proc. der Staatssumme für das Land) auf das Land entfallen.

Das durchschnittlich auf einen Kopf der Bevölkerungspfifer bei der Personenstandsauflnahme für die Steuerveranlagung für 1898/99 veranlagte Einkommen betrug hiernach in unserem Bezirk im Jahre 1898/99 2377 Mark, und zwar in den Städten 2684,89 Mk. und aus dem Lande 1908,51 Mk. Im Geamtstaate ergaben diese Durchschnittswerte 2330,34 bzw. 2686,21 und 1775,30 Mk. Es bietet sich hier also das Bild, daß unser Bezirk in seiner Gesamtheit sowie in denjenigen für das Land die Mittler des Gesamtstaates übertrifft, hinsichtlich der Städte aber hinter demselben zurücksteht, wenn auch nur um ein Geringes.

Für die mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark zur Einkommenssteuer veranlagten Personen gestaltet die Statistik alsdann auch einen Einblick in die Arten ihres steuerpflichtigen Einkommens. Doch beschränken sich die bestätigten Erhebungen auf die physischen Personen. Das veranlagte Einkommen dieses an irdischen Gütern bevorzugter Theiles der Steuerpflichtigen belief sich im Jahre 1898/99 auf 46 342 389 Mk., gegen 43 197 202 Mk. im Vorjahr. Dies Einkommen sondert sich nach den Einkommensquellen wie folgt:

aus Kapitalvermögen 8810 278 Mk. (gegen 8335 210 Mk.)

Grundvermögen 12 180 266 " 12 053 466 "

Handl. Gewerbe und Bergbau 13 136 385 " 12 255 401 "

Gewinnbringen- der Beschäftig. 12 215 460 " 10 553 124 "

Die Steigerung ist also in allen vier Einkommensquellen eingetreten, und eine recht erfreuliche.

Von dem veranlagten Gesamtkommen gehen an Schulzinsen, dauernden Lasten und sonstigen gesetzlichen Abzügen zusammen 8220 288 Mk. (gegen 7775 322 Mk. im Vorjahr) ab, so daß ein steuerpflichtiges Einkommen von 38 122 121 Mk. (gegen 35 421 880 Mk. im Jahre zuvor) verbleibt.

Der Steuerbetrag der physischen Personen für das Jahr 1898/99 stellte sich in unserem Bezirk auf 1 497 989 Mk., wovon 1 086 821 Mk. auf die Städte, sowie 411 168 Dkk. auf das Land entfielen, und ergab a. auf den Kopf der bei der Personenstandsauflnahme vorhandenen 625 580 Personen 2,39 Mk. (und zwar in den Städten 4,70 Mk. und auf dem Lande 1,04 Mk.); b. auf den Kopf der hierunter befindlichen 32 451 Einkommenssteuerpflichtigen 46,16 Mk. (und zwar in den Städten 55,50 Mk. und auf dem Lande 31,95 Mk.).

c. in Prozenten des durchschnittlich auf jeden dieser Einkommenssteuerpflichtigen veranlagten Einkommens von 2377,00 Mk. 1,94 Proc. (und zwar in den Städten 2,07 Proc. und auf dem Lande 1,67 Proc.).

Der Einkommenssteuerbetrag der 22 nichtphysischen Personen unseres Bezirks stellte sich für 1898/99 auf 43 001 Mk., gegen 39 576 Mk. des Vorjahrs, mithin ein ganz ähnlicher Zuwachs.

Das gesammelte Einkommenssteuer - Veranlagung soll unseres Bezirks für 1898/99 ergab hiernach den Betrag von 1 540 930 Mk., gegen 1 428 123 Mk. des Vorjahrs, mithin 112 267 Mk. oder 7,86 Proc. mehr, ein Prozentzahlt, mit dem unter Bezirk unter den 35 Regierungsbezirken des preußischen Staates an 13. Stelle steht.

* [Lieferung von Buchstümpfen.] Kleingrundbesitzer, welche durch die Empfehlung von Vereinsvorständen eine Garantie dafür vieren, daß sie ihrer

Aufgabe gerecht werden, liefern die Landwirtschaftskammer der Provinz Westpreußen auf Wunsch, soweit die Mittel reichen, einen Stamm Buchstümpfen (zwei weibliche Thiere und ein männliches) unter folgenden Bedingungen: 1) Das Buchstümpfen muß gut gehalten und kein weitergeküttelt werden. 2) Alle anderen männlichen Thiere der betreffenden Gattung sind abzuschaffen. (Auf Verlangen werden deshalb nötigenfalls auch zwei männliche Thiere und ein weibliches geliefert.) 3) Im nächsten Herbst ist ein junger Stamm des jetzt gelieferten der Landwirtschaftskammer kostenfrei abzulassen; auch behält sich diese in Bezug auf die Nachzucht und die Bruteiter das Vorkaufsrecht vor.

* [Erstattung von Beiträgen.] Beizüglich der Erstattung von Beiträgen gelten nach dem neuen Invalidenversicherungsgesetz vom 1. Januar 1900 ab erheblich abänderte, bezw. ganz neue Bestimmungen. Darnach steht weibliche Personen, welche eine Ehe eingehen, bevor ihnen eine eine Rente bewilligte Entscheidung zugestellt ist, ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge schon dann, wenn solche vor Eingehung der Ehe für mindestens 200 (bisher 233) Wochen entrichtet worden sind. Unter denselben Voraussetzungen steht auch der Witwe eines Versicherten, oder, falls eine solche nicht vorhanden ist, den hinterlassenen Geschlechtern Kindern unter 15 Jahren, vergleichend den hinterlassenen, noch nicht 15 Jahre alten wortlosen Kindern einer weiblichen Person (Witwe etc.) der gleiche Erstattungsanspruch schon dann zu, wenn für mindestens 200 Wochen Beiträge entrichtet sind. Ferner soll ein gleicher Anspruch unter denselben Voraussetzungen künftig auch den hinterlassenen, noch nicht 15 Jahre alten Kindern einer solchen weiblichen Person zugeschen, deren Ehemann sich von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und sich der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, vergleichend auch dem Witwer, wenn dieser erwerbsunfähig ist und die Frau daher die Ernährerin der Familie war. Der Erstattungsanspruch muß vor Ablauf eines Jahres nach dem Tage der Verheiratung (bisher binnen drei Monaten) bzw. nach dem Tode des Versicherten geltend gemacht werden. Der zu erstattende Betrag wird auf volle Mark nach oben abgerundet. Dergenannte Bestimmungen finden keine Anwendung, soweit den hinterbliebenen aus Anlaß des Todes des Versicherten auf Grund der Unfallversicherungsgesetze Renten gewährt werden.

* [Uniform für Communal - Forstbeamte.] Durch königl. Verordnung ist soeben bestimmt worden, daß die Forstbeamten der Communalverbände und öffentlichen Anstalten, deren Waldungen unter Staatsaufsicht stehen, soweit sie auf Lebenszeit angestellt sind, zu den für den Forstdienst bestimmten oder mit dem Forstverwaltungsjahre entlassenen Anwärtern aus dem Jägerkorps gehören, eine Walduniform nach dem Muster der Staats - Forstbeamten mit folgenden unterschiedenden Merkmalen zu tragen haben: 1. an dem Rocke sind Achselknöpfe von grauem Sammelgarn anstatt der grünen der Staatsforstbeamten und grüne Anlöpfe nach dem anbei zusätzlichen Muster. 2. an der Kopfbedeckung (Hut oder Mütze) vorne über der Kocarde anstatt des fliegenden Adlers der königlichen Beamten ein Wappendekor von Messing mit dem königlichen Namenszuge (W) und der Krone, wie er für die städtischen Polizeibeamten des Exekutivdienstes vorgeschrieben ist, anzubringen. Sämtlichen zum Tragen dieser Uniform berechtigten Communal- und Anstalts-Forstbeamten ist auch das Tragen der Litewka, wie sie für die Staatsforstbeamten zugelassen, gestattet, jedoch mit der Mahgabe, daß auch bei der Litewka an die Stelle der grünen Achselstücke und der Wappenköpfe der Staatsforstbeamten graue Achselstücke und grüne Anlöpfe treten.

* [Bacanzenliste für Militäranwärter.] Vom 1. Februar 1900 bei der Oberpostdirektion in Königsberg in Alsbald beim Magistrat in Marienburg zwei Polizeigeräte, je 1000 Mk. Gehalt, daselbst steigt von drei zu drei Jahren um 100 Mk. bis zum Höchstbetrag von 1500 Mk. - Vom 1. Januar 1000 beim Magistrat in Riesenburg Polizei-ergeant, 1000 Mk. einschließlich Wohnungsentzündung; Gehalt steigt bis 1300 Mk. -

19. Ziehung d. 4. Klasse 201. Reg. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 10. November 1899, vormittags. Nur die Gewinne über 220 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewinne.)

173 312 880 523 1004 [500] 113 236 75 79 449 568 601

55 796 821 54 924 2012 91 73 233 78 411 49 [100]

55 817 25 980 302 207 [500] 662 71 875 408 220 439

65 627 628 534 540 541 511 200 377 807 594 7026

803 11 323 [500] 94 822 [500] 361 92 50 60 805 44 [300]

998 66 87 93 900 101 90 230 80 508 550 90 676 77 737

1000 826

170 486 58 669 87 876 87 11 101 404 201 54 74 871 79 552

866 80 721 59 875 92 909 921 [1000] 24 130 28 345 87 844

1303 216 82 819 82 449 529 83 61 71 73 93 99 1,4028 87

86 818 98 548 771 940 1,5156 75 25 76 89 93 89

805 67 85 1,6007 17 83 22 66 450 624 75 715 88 229 98 98

85 1701 232 412 691 707 26 1819 19 265 305 45 400 57 81

828 91 614 58 587 734 861 18027 383 562 88 900 90 698

929 23 59

240078 44 876 966 83 811 240 88 811 82 482 514 46 62

606 55 807 55 87 876 87 11 101 404 201 44 74 871 79 552

811 71 97 23 803 56 745 89 97 947 [500] 24 120 11 50 74

82 245 808 34 771 100 82 808 250 [500] 372 760 805

26175 211 874 448 549 640 793 99 27238 75 930 46 840

798 728 269 987 38 39 440 521 628 68 78 802 74 20926

235 47 344 509 19 55 709 805 957

30109 109 58 500 [3000] 99 466 59 810 200 [800]

174 99 584 699 88 901 [1000] 8 52 3207 97 [500] 182 478

200 201 41 515 86 463 900 67 81 509 745 800 24

243003 [3000] 76 128 388 40 834 165 326 80 204 446 87

615 20 58 639 82 752 80 820 [500] 45 968 35173 80 310 87

558 84 606 49 980 263 304 10001 603 92 86 991 37110 [1000]

22 235 87 [1000] 314 443 38089 211 440 605 27 [1000] 66

8987 698 467 900

40407 111 240 336 418 50 341 72 71 67 852 68 41208

851 537 87 422 409 49 216 61 407 87 523 68 558 897 601

824 43184 536 48 607 23 73 443 409 148 500 290 374

94 519 405 73 651 82 931 92 505 45092 232 101 50 100

44213 266 446 555 99 [1000] 623 785 90 91 828 902 47018

615 529 91 610 41 812 48 513 62 69 707 26 229 97 95

508930 45 198 501 702 803 20 508 550 90 89 200

170947 111 240 336 418 50 341 72 71 67 852 68 41208

851 537 87 422 409 49 216 61 407 87 523 68 558 897 601

824 43184 536 48 607 23 73 443 409 148 500 290 374

94 519 405 73 651 82 931 92 505 45092 232 101 50 100

44213 266 446 555 99 [1000] 623 785 90 91 828 902 47018

615 529 91 610 41 812 48 513 62 69 707 26 229 97 95

508930 45 198 501 702 803 20 508 550 90 89 200

170947 111 240 336 418 50 341 72 71 67 852 68 41208

851 537 87 422 409 49 216 61 407 87 523 68 558 897 601

824 43184 536 48 607 23 73 443 409 148 500 290 374

94 519 405 73 651 82 931 92 505 45092 232 101 50 100

44213 266 446 555 99 [1000] 623 785 90 91 828 902 47018

615 529 91 610 41 812 48 513 62 69 707 26 229 97 95

508930 45 198 501 702 803 20 508 550 90 89 200

170947 111 240 336 418 50 341 72 71 67 852 68 41208